ANTIFA JUGENDINFO

LEIPZIG Nr.14 Mai/Juni 50Pf.

KOMMUNALWAHL 94





Wahlkampfparty der

NATIONALEN FRONT

4. Juni '94 nato

C'MON AND GET IT



Ingrid Biedenkopf signiert Kochbuch

Ingrid Biedenkopf ist heute ab 18 Uhr Gast in der Reihe „Kunst & Kulinarisches" in der Mädlerpassage und in Auerbachs Keller. Dort stellt die Gattin des sächsischen Ministerpräsidenten ihr Kochbuch „Sächsische Küche" vor. Der Erlös der Veranstaltung kommt dem Wiederaufbau der Dresdener Frauenkirche zugute. Karten gibt es unter Telefon 21 61 040. *r.*

V.i.S.d.P.: Frank Stefan
Adresse:
Antifa-Jugendfront
B.-Göring-Str.152
Leipzig 04277

AJI ab 1994 im SABO* !

Das Jugendinfo erscheint seit diesem Jahr regelmäßig aller zwei Monate. Im SABO enthalten sind alle sechs Ausgaben sowie die möglichen Sondernummern, Flugis, Aufkleber, Plakate etc.- kurz, eben ALLES was wir herausgeben. Der Preis fürs SABO ist so kalkuliert, daß wir damit Mehrkosten für zusätzliche Portos bezahlen können. Um dabei zu sein, müßt Ihr uns das Geld in (möglichst großen) Scheinen in einem Briefumschlag an die wohlbekannte Adresse schicken: Antifa-Jugendfront, Bernhard Göring Straße 152, Leipzig 04277.

Und das alles für nur 15 Mark !

Das Antifa-Jugendinfo wird herausgegeben von der Antifa-Jugendfront.

Hallo Leute!
Wir freuen uns, Euch das dickste Jugendinfo präsentieren zu können, was es je gab. Dabei hoffen wir, nicht nur die Quantitätsnorm stetig zu steigern (mittlerweile 36 Seiten), sondern auch inhaltliche Qualität zu liefern. Wer was zu meckern hat - oder uns loben möchte: siehe Adresse!
Nun die schlechte Nachricht: Die Leute, die das Lilli-Segal-Sonderheft machen wollten, haben sich nach ihren Aussagen verkalkuliert und behalten sich vor die Erscheinung des Heftes abzusagen.
Wenn wir genug Infos und Artikel zusammentragen, werden wir voraussichtlich noch vor dem großen Sommerloch (Ende Juni) das näxte Jugendinfo herausgeben.

Ciao!
Euere AJF!

Inhaltsverzeichnis

News von RECHTS...............4
Überwachungsstaat Teil 2.....6
Eingreifen ist gerechtfertigt8
Die FAP in Leipzig..........13
Religion&Rassismus Teil 3...15
Die "Zweite Revolution".....17
Wunsiedel 1994 verhindern!..23
Die Neue Rechte.............28

NEWS VON RECHTS

Rat-House-Party der Distillery wurde überfallen

Etwa 15-20 hool-, faschomäßige Typen überfielen am 26. April am frühen Abend die Distillery Party vor dem Neuen Rathaus. Sie stürmten aus einer Seitenstraße auf die ca. 200 BesucherInnen zu, schossen Leuchtspurmunition, warfen mit Steinen und zogen sich wieder zurück. Während ein Großteil der BesucherInnen sich zuerst in Sicherheit zu bringen versuchte, gelang es doch einigen die Faschos durch die Innenstadt zu verfolgen. Auf dem Rückzug der Angreifer wurde noch mindestens ein Jugendlicher schwer verletzt, als sechs Faschos auf ihn eintraten. Er erlitt ein Schädelhirntrauma und einen Unterkieferbruch. Beim Angriff auf die Party wurden folgende Personen erkannt: Florian Fizzia, Tom Meckert, Ronny Löschner, Kai Voigt und Andre Schwanzer. Wenn es stimmt, daß auch Drescher mit dabei war, hatte er bestimmt ganz schönen Ärger am Hals, er wurde doch neulich erst auf Bewährung verurteilt.

Kroatien-Krause ist frei!

Unser Kroatien-Veteran Heiko Krause (siehe vorletztes AJI) ist aus der U-Haft entlassen und läuft, äh humpelt wieder frei herum. So richtig lustig scheint es aber an der Front wohl doch nicht gewesen zu sein, weil Krause mit einem Bein etwas Probleme hat. Vielleicht kann sich das ja mal ein Arzt ansehen....

Strafen wegen Überfall auf ein Asylbewerberheim ausgesprochen

Wie im vorangegangenen Heft (Nr.13) berichtet, fand eine Gerichtsverhandlung gegen DANIEL ASTER, RADRIGO DÖLL, SVEN DRESCHER, ANDRE EISENHUT, HEIKO GRAF, HEIKO KNOPF, ROBERT KOZLIK, SÖREN MATSCHKE, MARKO RÖDER, MARKUS WERNER, GREGOR SANDER, SVEN BACKMANN, MIKE FRANK, STEFFEN KAUFMANN, DANIEL WALTER, DANIEL BUSCHMANN und ALEXANDER MATIJASCHTSCHUK wegen Landfriedensbruch (u.a. Überfall auf das Asylbewerberlager in Makranstädt im August 1992) und Körperverletzung statt. Gegen GRAF, SANDER und MATSCHKE wurde die Anklage fallengelassen. Alle anderen wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt. Die angedrohten Strafen liegen zwischen sechs Monaten (WERNER) und ein Jahr und elf Monate (DRESCHER), die alle auf drei Jahre ausgesetzt werden. Verwunderlich ist nur, daß einige bereits Bewährungsstrafen haben. Wie abschreckend die Strafen sind, zeigt das Beispiel DRESCHER (siehe Distillery-Überfall).
Bei der Verhandlung selber kam es zu Rangeleien mit den zahlreich anwesenden "Besuchern".

Wie jedes Jahr: der 20. April

Nach Ermittlungen der sächsischen Soko Rex wurden im Zusammenhang mit dem Überfall auf ein Aussiedlerheim in der Nacht zum 20.April 10 Leipziger Jugendliche im Alter zwischen 13 und 17 Jahren festgenommen. Sie griffen die Bewohner mit Schußwaffen und Brechstangen an, weil sie "Ärger mit Ausländerkindern hatten..."; die Staatsanwalt-schaft erhebt Anklage wegen schweren Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung. Ob diese Faschisten nächstes Jahr wieder "feiern"?
Zu weiteren Zwischenfällen kam es dann den ganzen weiteren Tag über: Bereits gegen 8 Uhr zogen zwanzig Faschos vom McDonalds grölend und posend zum Arbeitsamt, um sich von den anwesenden

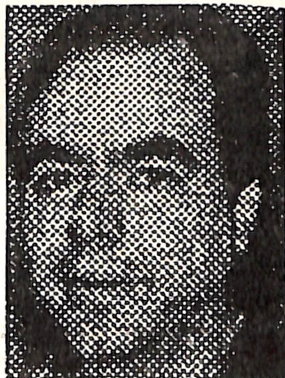
Bullen verhaften zu lassen (wegen Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole). Eine 50köpfige Naziherde, die, uniformiert und von einem "Gruppenführer" geleitet, mit einem Zug aus Rackwitz/Zschölkau kamen, marschierten vom Bahnhof zur Oper. Am Abend hielt sich eine Gruppe von 40 betrunkenen Proll-faschos in der Innenstadt, u.a. am Thomaskirchhof auf. Weitere "Zusammenrottungen" konnten an der Riebeckbrücke (Reudnitz) und in der Schumann/Lindenthalerstraße (Stadtteil Gohlis) beobachtet werden. An der "Völkerfreundschaft" (Grünau) "feierten" 40 sturzbesoffene Jugendliche mit Leuchtraketen und Pyro's den angeblichen Geburtstag Alfons Hitlers (siehe dazu Klarofix April, S.69). Nach dem Ärzte-Konzert im "Haus Auensee" kam es vereinzelt zu Übergriffen von Nazis.

REP-Kandidaten aus Leipzig

Am 19. März 1994 fand im Hotel "Elysium" von Thum (Kreis Zschopau) eine Landesmitgliederversammlung der sächsischen Republikaner statt.Während die Polizei bereits in Chemnitz alle Leute verhaftetete, die irgendwie nach REP-GegnerInnen aussahen, wurden in Thum die Spitzenkanditaten für die sächsische Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt. Auf Platz 1 steht der Leipziger Uni-Professor und ehemaliges SED-Mitglied GÜNTER BERNHARD, gefolgt von Diskothekenbesitzer ROLF LAUTERBACH. Er zog aus den Alt-Bundesländern nach Leipzig und ist u.a. Betreiber der "Opera". Für Wirbel sorgte er in der lokalen Presse durch seine Beteiligung an der Kneipe "Müller's Büro" in der Innenstadt, wo LAUTERBACH einen Tag vor Eröffnung von der Stadt wegen seiner REP-Aktivitäten gefeuert wurde. In seiner alten Heimatstadt fiel er u.a. wegen Verkehrsdelikten und finanziellen Ruin unangenehm auf. Ebenfalls aus den Alt-Bundesländern kommt Kanditat Nr.3 der Rechtsanwalt WOLFGANG FISCHER. Er gibt im kostenlosen Anzeigenblatt "Der Leipziger Süden" Rechtshilfetips. Spitzenkanditat für die Landtagswahl ist JÜRGEN KÖNIG aus Leipzig. BERNHARD steht ebenfalls auf der Liste. Ende Mai wird wahrscheinlich in Crimmitzschau ein weiterer REP- Parteitag stattfinden.



GÜNTER BERNHARD



ROLF LAUTERBACH



WOLFGANG FISCHER

Auf dem Weg zum totalitären Überwachungsstaat *zweiter Teil*

Das neue Polizeigesetz wurde nun doch in aller Eile durchgedrückt. Deutliches Beispiel für das "Demokratieverständnis" des Staates. Die Spontandemo der Anti-PolizeigesetzlerInnen konnte nur noch dazu dienen, den Unmut darüber auszu-drücken. Noch ist das Gesetz nicht in Kraft, aber die Folgen wird jeder "Bürger" bald am eigenen Leib spüren können.

Zu einer spontanen Protestaktion kam es am 27.4.94 aus Anlaß des Beschlußes des neuen sächsichen Polizeigesetzes auf dem Leipziger Marktplatz. Nach der Veröffentlichung eines Schreibens einer Gruppe namens "Autonomer Anarchisten im Außenkampf" war über den gesammten Kreis Leipzig ein Versammlungsverbot verhängt wurden. Trotzdem trafen sich gegen acht Uhr ca. 150 Anti- Polizeigesetzlerinnen um ihren Unmut über diesen Beschluß Außdruck zu verleihen. Die gesamte Innenstadt war von Zivibullen, Einsatzbullen, Soko- Rexlern und Staatsschützern überlaufen. Die Herren Zivis gaben sich noch nicht einmal viel Mühe unerkannt zu bleiben. Als das erste Transpi entrollt wurde, gab der Einsatzleiter den Demonstranten noch acht Minuten Zeit, um nach Hause zu gehen. Die Demonstranten jedoch zogen es vor sich zu formieren (in Polonaisenform) um ihren Protestmarsch zu beginnen. Da die Spitze des Zuges am

ANKÜNDIGUNG VON GEEIGNETEN AKTIONEN

hiermit kündigen wir für den späten nachmittag und abend des 27. april aktionen in der leipziger innenstadt an.

wir werden ihnen beweisen, was die bullen bei der jetzigen gesetzeslage schon drauf haben.

parallel zur wahrscheinlichen verabschiedung des neuen sächsischen bullen- terror- gesetzes am 27. april werden wir ihnen, sehr geehrte pressevertreterinnen und parlamentarierin[nen] vor augen führen, wie sinnlos das erste eindeutig totalitär[e] polizeigesetz eines landes der bundesrepublik ist.

wenn die sächsische staatsregierung der meinung ist, nur ein ob[rigkeitsst]aatliches gesetz könne die angeblich gefährdete "innere sicherheit" herstellen, so werden wir beweisen, welch große willkür bereits jetzt den bullen in die hände gegeben wird.

die geschichte der autonomen bewegung in der bundesrepublik hält da ja so einige schmeckerchen bereit.
seien sie sich versichert, daß wir tief in die trickkiste greifen werden.

Autonome Anarchisten im Außenkampf

weitergehen gehindert wurde, mußte dem durch gezielte Richtungsänderungen entgegengewirkt werden. Auch das Transpi wurde immer weitergegeben, sodaß die Bullen sich nicht vorstellen konnten, wie dem zu begegnen sei. Als sich die Lage zuspitzte wurde spontan auf dem gesamten Marktplatz ein Kreis gebildet und Laurentia getanzt. Spätestens jetzt hatten die Bullen überhaupt keinen Plan mehr. Einige konnten sich den Ansatz eines Lächelns nicht verkneifen, anderen wiederum schien das Gesicht eingeschlafen oder gelähmt zu sein. Nachdem die Demonstranten keine Lust mehr zum Tanzen hatten, entfernten sie sich einzeln im Block in Richtung neues Rathaus. Die Polizei verhinderte aber das Erreichen desselben, sodaß sich der Zug in Richtung mb bewegte, und sich dort auflöste.

Die Polizei selber unterdrückte den Protest gegen das neue Polizeigesetz, indem sie alle Demonstranten als militante Autonome abstempelte. Auch vor dem Inkrafttreten des neuen Polizeigesetzes werden die Menschen an der freien Meinungsäußerung gehindert, wir brauchen also nicht viel Phantasie, um uns vorzustellen, wie es nach Inkrafttreten aussehen wird. Das neue sächsiche Polizeigesetz ist das härteste in Deutschland. Stasimethoden werden in diesem Gesetz legalisiert.

Presseerklärung zu der von der Polizei und der Stadt Leipzig verhinderten Kundgebung gegen das neue Polizeigesetz von ANTIPOLIZEIGESETZLERINNEN am Mittwoch, den 27. 4. 1994.

Es war uns nicht möglich, eine spontane Kundgebung abzuhalten- eine Kundgebung, wohlgemerkt gegen das neue Polizeigesetz, wurde von der Polizei selbst verhindert!
Als erschwerender Fakt für uns kam die Erklärung einer Gruppierung namens "Autonome Anarchisten im Außenkampf" hinzu. Die Stadtverwaltung hat uns mit dem allgemeinen Versammlungsverbot gegen diese Gruppierung in einen Topf geworfen mit öffentlich zu Gewalt Aufrufenden. Damit fallen wir also jetzt schon unter die Diskriminierungsklausel durch Polizei und Stadt, die durch das neue Polizeigesetz noch um ein vielfaches verstärkt werden soll.
Unser Anliegen war ursprünglich gegen das neue Polizeigesetz. Durch die vor Ort präsente Polizei erfuhren wir von dem verhängten Versammlungsverbot. Trotz mehrmaliger Erklärung, daß wir nicht zu jener Gruppierung gehören, wurde uns von der Polizei eine Frist von genau 8 Minuten gesetzt, uns einzeln vom Marktplatz zu entfernen. Da wir nicht an einer Eskalation der Situation interessiert waren, machten wir es uns zur Aufgabe, die Polizei ein bißchen zu verarschen. Das hatte gleichzeitig den Effekt einer Deeskalation der Umstände.
Der allerwichtigste Schluß für uns und eigentlich für alle aufmerksamen Augenzeugen ist der:

Wenn man davon ausgeht, daß Stadt wie Polizei nach bestehenden Gesetzlichkeiten handelten, ist das, was an diesem Abend geschah, eindeutiger Beleg für die Sinnlosigkeit des neuen Polizeigesetzes.
Alle Expertenmeinungen geben uns recht, daß der einzige Effekt des neuen Gesetzes ein totalitärer ist!
Wer Augenzeuge der Situation war, hat festgestellt, wie viele Kräfte der Gesetzgeber jetzt schon in Bewegung setzen kann, um das durchzusetzen, was er durchsetzen will!
Was also erwartet uns nach Inkrafttreten des eindeutig verfassungswidrigen, totalitären neuen Polizeigesetzes ???

Zur teilnehmenden Personenzahl ist noch zu bemerken: wir zählten ca. 100 Menschen.

ANTIPOLIZEIGESETZLERINNEN

KEINE KRIMINALISIERUNG DES ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDES UND DER SELBSTVERTEIDIGUNG VON IMMIGRANTINNEN -

EINGREIFEN IST GERECHTFERTIGT!

Deutschland 1994: Nazis zünden Wohnhäuser an, ImmigrantInnen werden auf der Straße zu Tode geprügelt, während Polizeibeamte danebenstehen (so starb der Angolaner Antonio Amadeu in Eberswalde), Hunderttausende begeistern sich für die flotten Sprüche gegen "die ausländischen Schmarotzer", von Auschwitz will man nichts gehört haben. Ganze Bevölkerungsgruppen werden den Nazis als "lebensunwert" definiert, ausgegrenzt und zu Angriffsobjekten abgestempelt. Der bundesdeutsche Staat schürt dabei kräftig mit. Äußerungen wie "freilaufende Asylbewerber" (Weinbeck, CSU), "Asylantenschwämme" und "Staatsnotstand" (Kohl) oder die Rede von den nicht arbeitenden "Sozialbetrügern" (ebenfalls Kohl) geben vor, gegen wen in Deutschland getreten werden darf. Die Existenzangst unten in der Gesellschaft soll sich in Selbstzerstörung oder in Haß gegen die Schwächeren ummünzen.

Antifschistilnnen werden kriminalisiert...

Während der rechte Terror für viele zum Normalfall geworden ist, werden diejenigen, die sich gegen die Verschärfung der Situation zur Wehr setzen, kriminalisiert. Ihnen drohen harte Strafen, lange Untersuchungshaftzeiten und schwere Repressalien. Einige der wichtigsten Beispiele in der Bundesrepublik:

-Am 6. Januar 1993 wird der Antifaschist Gunther aus Wiesbaden in einer Straßensperre verhaftet und ist für 6 Monate in Untersuchungshaft. Angeblich soll er 3 Stunden vor der Straßenkontrolle an einem Angriff auf Fahrzeuge von Nazi-Kadern beteiligt gewesen sein. Dabei wurden die Frontscheiben von Autos der verbotenen Deutschen Alternative, die sich zu einem Treffen versammelt hatten, eingeschlagen. Gegen Gunther gab es keine weiteren Beweise als einen Knüppel im Fahrzeug und seine "autonome, sozialistische Gesinnung", die der Haftrichter als Grund für die Inhaftierung angab.

-Im nordhessischen Arolsen, unweit von Fulda, werden in der Woche nach dem 14. August 1993 mindestens 13 AntifaschistInnen in Untersuchungshaft genommen. Ihnen wird vorgeworfen, den führenden Nazikader Thomas Kubiak, der zur terroristischen GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT gehört, am 14. August bei einem Angriff schwer verletzt zu haben. Während die hessische Polizei nicht daran Interessiert ist, am 14. August 1993 in Fulda gegen den bisher größten Nazi-Aufmarsch zum Geburtstag von Rudolf Heß einzuschreiten, wird im Fall Arolsen der Polizeiapparat mobilisiert. Mit einer Durchsuchungswelle und 2-monatiger Sonderhaft wird gegen die AntifaschistInnen vorgegangen.

- Der schwerste Fall von Kriminalisierung gegen AntifaschistInnen ist jedoch der Berliner "Fall Kaindl". Zwischen dem 14. November und dem 3.Dezember 1993 werden in der Stadt die fünf AntifaschistInnen Erkan, Fatma, Mehmet, Abidin und Bahretin verhaftet. Mindestens fünf

weitere werden mit Haftbefehl gesucht. Ihnen allen wird "Mord" vorgeworfen. Sie sollen im April 1992 ein Treffen von Nazis der *Deutschen Liga für Volk und Heimat* überfallen haben. Damals war eine Gruppe führender Funktionäre dieser Partei, die als Bindeglied zwischen terroristischer Nazi-Szene und den Parlamentarischen Faschisten gilt, von 6-8 Vermummten in einem Restaurent angegriffen worden. Bei dem Handgemenge erlitt der 47-jährige Berliner Landesschriftführer der *Deutschen Liga für Volk und Heimat* Gerhard Kaindl Messerstiche, an denen er wenig später starb.

Obwohl niemand genau die Täter beschreiben konnte, ging die Polizei, die sofort eine 20-köpfige Sonderkommission bildete und 10.000 DM Belohnung auslobte, von "türkischen oder arabischen Tätern" aus. Ihre Ermittlungsergebnisse leitete sie im Herbst an den Funktionär der *Deutschen Liga* Torsten Thaler weiter, der in der Hauspostille der rechtsextremistischen Partei verkünden ließ "Wir kriegen euch alle".

Die im November 1993 verhafteten fünf türkischen und kurdischen AntifaschistInnen waren in den ersten Monaten extremen Isolationshaftbedingungen unterworfen. In ihrem Freundeskreis gab es eine Durchsuchungswelle und zahlreiche Fälle von Observation. Der Mutter eines 21-jährigen Gesuchten kündigte man an, "man werde ihren Sohn erschießen". falls dieser sich der Festnahme widersetzen sollte. Einem Kneipenwirt, der sich weigerte, zum Fall auszusagen, wurde mit dem Vorwand "Steuerschulden" das Lokal geschlossen. Außerdem wurde inzwischen Interpol bei den Ermittlungen eingeschaltet. Die Kriminalisierung der antifaschistischen Bewegung wird also immer aggressiver. Der Berliner Prozess hat dabei durch die Tragweite der Vorwürfe eine ganz besondere Rolle. Er droht, zum größten Antifa-Prozeß der Nachkriegsgeschichte gemacht zu werden.

...Nazis werden gedeckt

Der faschistische Terror hingegen wird staatlicherseits weitgehend toleriert, gedeckt und in vielen Fällen politisch vorbereitet. Wie die Untersuchungsberichte des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern gezeigt haben, wurde bspw. in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 durch die Überbelegung des Asylbewerberheims und die Verkürzung der Öffnungszeiten in der Aufnahmestelle bei den



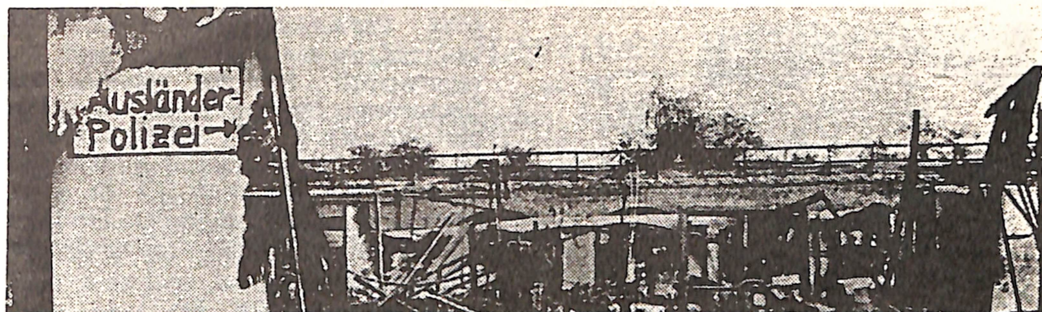
AnwohnerInnen künstlich der Eindruck von "riesigen Massen von AsylbewerberInnen" erzeugt. Die Inbrandsetzung des Heims in der Nacht vom 23. auf den 24.August war dann auch nur durch den Abzug der Polizei möglich, die zeitgleich zu den faschistischen Pogromen Dutzende von AntifaschistInnen festnahm, welche gegen die Naziangriffe auf das Heim einschreiten wollten (dokumentiert wurden die Ereignisse in dem sehenswerten dt.-brit. Film "Die Wahrheit liegt in Rostock"). Nach den Ereignissen von Rostock sahen sich Politiker der etablierten Parteien und die großen Medien darin bestätigt, daß das "Asylrecht jetzt abgeschafft werden muß". Der faschistische Terror und die "ganz normale" Tagespolitik gingen Hand in Hand. Dieses Verhalten ist kein Einzelfall. Faschistische Mörder werden von der bundesdeutschen Justiz in der Regel als "desorientierte Jugendliche" behandelt.

Der politische und organisierte Hintergrund des Solinger Attentats - der Kampf - sporttrainer der Solinger Attentäter, Bernd Schmitt ist in der *Deutschen Liga* - wird genauso abgestritten, wie die Möllner Jungnazis Peters und Christiansen zu Einzeltätern gemacht werden. Trotz eindeutiger Beweise wird die Existenz der bundesweiten und parteiübergreifenden Nazi-Kaderorganisation *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front* vom Verfassungsschutz nach wie vor geleugnet. Und ungestört trainieren auch Dutzende von faschistischen Wehrsportgruppen am Wochenende in den Wäldern. Es ist bekannt, daß Naziorganisationen beträchtliche Waffenlager angelegt haben, ohne daß hiergegen etwas unternommen worden wäre. Zwar ist richtig, daß seit dem Frühjahr 1993 bei Fällen, die international Beachtung finden, härter durchgegriffen wird, aber dennoch ist "die Linke nach wie vor die größere Bedrohung für den deutschen Staat", wie die Bundesanwaltschaft selbst festgestellt hat. Es ist klar, warum: Linke Politik richtet sich vor allem gegen die Besitzenden und Privilegierten. Die mehr als 4000 rassistischen und faschistischen Gewalttaten 1993 dagegen haben die Schwächsten der Gesellschaft getroffen; genau deshalb werden sie von Staatsseiten nicht als Bedrohung betrachtet. Genau deshalb sind sie eine Bedrohung für uns.

Antifaschistische Gegenwehr ist legitim und notwendig

Uns geht es vor diesem Hintergrund nicht darum, härtere Strafen für Nazis und "Rechtsgleichheit" zu fordern. Der Staat steht nicht "neutral zwischen den Extremen" - wie immer vorgegeben wird, um

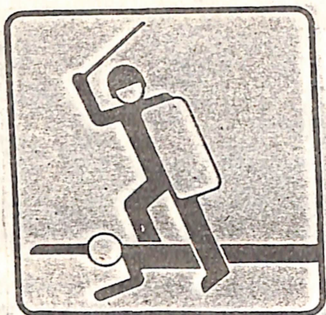




die Entwicklung zu mehr staatlichen Vollmachten und einer autoritären Gesellschafft zu rechtfertigen. Er ist eben kein Staat der "politischen Mitte", der von links und rechts gleichermaßen in Frage gestellt wird. Die offizielle Ideologie und die der Faschisten haben klare Berührungspunkte. Wir lehnen die in der Öffentlichkeit oft gemachte und in Medien propagierte Gleichstellung von "Links und Rechts" deshalb ab. Faschistische Gewalt und antifaschistische Militanz sind nicht das Gleiche. Der menschenverachtende Terror der Nazis richtet sich pauschal gegen Menschen, die von diesen als "lebensunwert" betrachtet werden. Die antifaschistische Gegenwehr, die sich gegen Straßenterror organisiert, verteidigt das Recht aller auf ein menschenwürdiges Leben. Das man zur Verteidigung gegen die Nazis Gewalt anwenden muß, kann einem/einer als AntifaschistIn nicht gefallen. Niemand, die/der antifaschistischen Ideen vertritt, übt Gewalt aus, weil sie ihr/ihm Spaß machen würde. Es nur einfach so, daß immer mehr Menschen in den letzten Jahren in der BRD zur der Erkenntnis gekommen sind, daß man sich selber verteidigen muß, daß man von der Polizei und Justiz nichts zu erwarten hat als denselben Rassismus oder dieselbe Diskriminierung wie von Rechts. Die Brandanschläge und Mordversuche stellen für die Betroffenen nur den letzten Höhepunkt der täglich erfahrenen Diskriminierung dar. Die Erfahrung zeigt, daß man dort, wo es antifaschistische Gegenwehr gibt, vor den Nazis sicherer ist als anderswo. So haben sich ausländische Jugendliche 1990/91 das Recht, nach Ostberlin zu fahren, regelrecht erobert. Im Gegensatz zu früher werden sie zur Zeit meist in Ruhe gelassen. Warum der Straßenterror so zurückgedrängt werden kann, hat seine Erklärung: Die Identität vieler Jungnazis baut u.a. auch auf ihrem Gefühl von Stärke auf. Sie streben nach Herrschafft und schlagen daher gegen diejenigen, die sie für schwächer halten. Sobald sie bemerken, daß ihrem Terror Grenzen gesteckt werden, wird diese Identität unattraktiv. Wer den Nazis das Gefühl läßt, auf der Straße stark zu sein, bekräftigt sie daher in ihrem Denken. Wir finden es nicht begrüßenswert, daß die Situation in Deutschland so geworden ist. Aber die Wahl der Mittel wird längst von anderen getroffen. Wir lassen deshalb das Recht nicht absprechen: Antifaschistische Militanz gegen den Naziterror ist gerechtfertigt, nicht nur als Selbstverteidigung in einer Notwehrsituation. Die faschistischen Organisationen haben oft genug bewiesen, daß ihre Haßtiraden keine lehren Drohungen sind. Wir sind nicht bereit, uns vor der Gefahr zu verstecken. Wir alle haben das Recht - und sogar die Pflicht - nicht darauf zu warten, bis der faschistische Terror noch mehr Opfer fordert.

Antifaschismus ist mehr

Natürlich ist antifaschistische Politik sehr viel mehr als die Gegenwehr auf der Straße. Antifaschistische Gegenwehr allein kann den Faschismus nicht besiegen. Nazis, die nicht mehr auf der Straße prügeln sind immer noch Nazis. Antifaschistische Arbeit umfaßt deshalb viel mehr: antisexistische und antirassistische Jugendarbeit, die Verteidigung des



Asylrechts, AusländerInnenberatung, politische Arbeit in den Stadtteilen usw.
Die Grundstrukturen der Naziideologie, der Rassismus, der Antisemitismus, der Sexismus, kommen aus der Mitte der Gesellschaft, sie stecken in allermeisten Köpfen. Eine antifaschistische Bewegung muß deshalb überall, an den verschiedensten Stellen der Gesellschaft, für Veränderungen arbeiten. Die Nazis sind nur ein Ausdruck des Übels. Daneben gibt es die etablierten Parteien, die die Richtung vorgeben, die Justiz und Polizei, die Medien, und die rassistischen und sexistischen Ideen in weiten Teilen der Bevölkerung selbst. Politische Arbeit und eine breite antifaschistische Bewegung sind hier gefragt. Wir müssen begreifen, daß wir den Faschismus nur schlagen können, wenn unterschiedliche Aktionsformen gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Es ist genauso wichtig, koninuirlich Jugendarbeit zu machen wie eine antifaschistische Zeitung herauszugeben. Neben der Gegenwehr gegen den faschistischen Straßenterror und der öffentlichen politischen Antifa-Arbeit bleibt es außerdem auch notwendig, Treffen und Veranstaltungen der faschistischen Hetzer zu verhindern. Ihre Strukturen müssen sabotiert werden. Die *Deutsche Liga für Volk und Heimat*, die *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei*, die *Deutsche Alternative*, die *Nationalistische Front* (bzw. ihre Nachfolgeorganistionen), das *Hoffmann-von Fallersleben-Bildungswerk*, die *Deutsche Volksunion*, die *Republikaner* usw.usw., sie alle sind entscheidend mitverantwortlich für die Situation in Deutschland. Sie haben den Terror organisiert und propagiert. Das Ergebnis ihrer Politik sind 60 Nazimorde seit 1990 und Tausende von Angriffen. Es ist unser Recht, ihre Vorbeitung für den Terror zu stören und zu verhindern. Eingreifen ist gerechtfertigt.

Kritik und Solidarität

Das Bild von "brutalen gewaltbereiten Gruppen", das in den Medien über die antifaschistische Bewegung verbreitet wird, entspricht überhaupt nicht der Wirklichkeit. Der allergrößte Teil antifaschistischer Aktivitäten ist politischer Art, wie wir es oben beschrieben haben. Trotzdem stimmt es natürlich, daß in der antifaschistischen Bewegung Fehler gemacht worden sind wie überall. Kritische Überlegungen haben bei antifaschistischen Aktionen in den letzten Jahren oft gefehlt, zahlreiche Aktionen haben sich nicht vermittelt. Für uns ist klar, daß es für die antifaschistische Bewegung charakteristisch sein muß der Gewalt kritisch gegenüberzustehen und dies auch nach außen darzustellen. Jede Aktion, auch Gegenwehr, muß sich legitimieren und erklären lassen. Dafür ist die Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit allen antifaschistisch denkenden Menschen notwendig. Gleichzeitig steht für uns fest: Nazitreffen müssen be- und verhindert werden. Wir lassen nicht zu, daß diejenigen verfolgt werden, die das eigentlich selbstverständliche machen: sich der Wiederkehr des Faschismus entgegenstellen. Wir fordern Euch, die ihr den Faschismus in den Köpfen, Institutionen und auf der Straße ablehnt, dazu auf, solidarisch zu sein mit den verfolgten Antifas! Wir können sicherlich Kritik aneinander und unterschiedliche Vorstellungen über unsere Praxis haben. Trotzdem bleibt was uns eint: Die Menschenverachtung der Faschisten werden wir nicht unwidersprochen hinnehmen!

UnterstützerInnen für die inhafterten und verfolgten AntifaschistInnen

KINHEAD RUDOLF HESS

Die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) in Leipzig

Die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) gewann in der BRD im Laufe der 80er Jahre an Bedeutung, als Aktivisten der ANS/NA nach deren Verbot die Partei unterwanderten. Harte Auseinandersetzungen, nicht nur innerparteilich gab es, als MICHAEL KÜHNEN sich offen zur Homosexualität bekannte. Anfang 1988 wurde FRIEDHELM BUSSE (geb.1928) Parteivorsitzender. Busse nennt Vertreter der NSDAP-"linken" wie Georg Strasser und Robert Ley als Vordenker "seiner" Bewegung. Die FAP ist in der GdNF-Struktur zum Wiederaufbau der NSDAP fest intergriert. Im Folgenden wollen wir euch einen groben Überblick über die Aktivitäten der Leipziger FAP-Leute geben.

LANDER RAUS

Im Januar 1990 war der stellvertretende Bundesvorsitzende der FAP SIEGFRIED BORCHARD mit anderen Faschos aus Westdeutschland auf einer Leipziger Montagsdemo und knüpfte erste Kontakte zu örtlichen Faschos. DIRK AMENDE aus Mockau (geb. 12.6.1971) und ANDRE KULCZAK aus Probstheida waren Ende 1990 die ersten Leipziger FAP-Mitglieder. Kulczak nahm auch am Bundesparteitag der FAP am 19.1.1991 in Berlin-Weißensee teil. In den folgenden Monaten traten weitere Faschos, zum Teil aus dem NPD-Umfeld in die FAP ein. Der Leipziger Ortsverband hatte im Sommer 1991 eine Stärke von etwa 10 Personen. Leiter wurde DIRK ZIMMERMANN (geb.26.3.1971). Er war vorher Mitglied bei der NPD, WIKING JUGEND und hatte bereits im Frühjahr 1990 mit anderen Faschos aus Grünau die "Völkische Front" gegründet, die jedoch bald bedeutungslos im Sande verlief.

Die FAP-Leipzig versuchte ab Frühjahr 1991 eine kontinuierliche Arbeit aufzubauen. Regelmäßige "Kameradschaftsabende", zu denen auch andere Faschos eingeladen wurden fanden oft in einem kleinen Abbruchhaus in der Schönefelder Schreiberstr. 20 statt. Dort wohnten DIRK ZIMMERMANN und SVEN DRESCHER (geb. 19.11.73) sogar eine Zeit lang. Später diente es als Postadresse.

Für den 15.6.1991 wurde zu einer bundesweiten FAP-Demonstration ans Völkerschlachtdenkmal anlässlich des "17.Juni 1953" mobilisiert. Organisator war nach Presseangaben ERHARD KUMPER aus Münster. Die Stadtverwaltung verbot den Aufmarsch. Dennoch versammelten sich etwa 100 bis 150 FAPler am Denkmal (u.a. Faschos aus Weimar und Koblenz). Der Bundesvorsitzende FRIEDHELM BUSSE konnte trotz anwesender Polizei, die eigentlich das Verbot durchsetzen sollte, noch eine Rede halten. Auch wurde der Ausweichtreff bekanntgegeben. So versammelten sich dann 18 Uhr in Jesewitz bei Eilenburg noch mal 200 Faschos, unter ihnen der niedersächsische Landesvorsitzende der FAP KARL POLACEK. Gegen 21.30 Uhr gab es einen Überfall von ca.10 Faschos auf die Connewitzer Kneipe "K.O. Backwahn", bei dem die Koblenzer mit einem weißen Ford-Transit beteiligt waren. Mitglieder der Leipziger FAP beteiligten sich im Sommer 1991 am "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" in Bayreuth.

Einen zweiten Versuch, in Leipzig zu demonstrieren, unternahmen sie am 9.November 1992. Abermals verbot die Stadtverwaltung die Demo. BUSSE und ZIMMERMANN versuchten das Oberbürgermeisterbüro unter Druck zu setzen, daß sie auf jeden Fall demonstrieren wollten. Die Polizei war daraufhin massiv präsent, dennoch konnten wieder ca. 150 FAPler sich am Völkerschlachtdenkmal versammeln und BUSSE rief auf, zur NPD-

4600 Dortmund 1

4600 Dortmund 1

15. JUNI 1991

14⁰⁰ UHR

LEIPZIG



VÖLKERSCHLACHTDENKMAL

DEMONSTRATION

KUNDGEBUNG



Kundgebung nach Halle zu fahren.

Im März 1992 verteilten FAP-Mitglieder an zwei Samstagen in der Leipziger Innenstadt Flugblätter.

DIRK ZIMMERMANN nahm im Sommer 1992 an einem Wehrsportlager teil, zu dem er auch einige Jungfaschos mitnahm.

Interessant ist auch, daß die FAPler in Leipzig von Anfang an in kriminelle Geschäfte, wie Autoklau und Schutzgelderpressung verwickelt gewesen sein sollen. Mehrere FAP-Mitglieder haben außerdem Vorstrafen, wie z.B. DIRK AMENDE. Zeitweise wechselte ZIMMERMANN seine Autos fast wöchentlich.

Am Abend dem 18.September 1992 zogen 30-40 Faschos mit einer Reichskriegsflagge durch die City und versuchten die mb anzugreifen. DIRK ZIMMERMANN fiel dabei durch sein schickes Braunhemd auf. Oktober 92 wurde er wegen eines Überfalls auf ein Flüchtlingsheim in Eilenburg und des "Verdachtes auf Bildung einer kriminellen Vereinigung" in U-Haft gesteckt.(siehe TAZ-Artikel über die Bildung von "Mobilen Einsatzkommandos Ost" MEK der Deutschen Alternative, in der ZIMMERMANN auch Mitglied war, vom 17.10.92) Dadurch kam die FAP-Arbeit in Leipzig fast völlig zum Erliegen. Nach fast einem Jahr kam er aus dem Knast und ist seit dem wieder aktiv. Die FAP ist dennoch aus der Öffentlichkeit in Leipzig verschwunden und konnte sich innerhalb der Fascho-Szene hier nicht als Führungspartei durchsetzen. Die Arbeit wird sich momentan auf interne Treffen und Kontakte zu anderen rechten Gruppen in Leipzig beschränken. Desweiteren ist anzunehmen, daß es militärische Schulungen der Mitglieder gibt.

Die FAP-Sachsen besteht nach Verfassungsschutzangaben aus momentan ca.30 Mitgliedern. Vorsitzender ist BERND RITTMANN(wahrscheinlich aus Dresden), Stellvertreter/Schatzmeister ist DIRK AMENDE aus Leipzig, Beisitzer ist DRIES HERBERT, ebenfalls aus Leipzig (geb.16.7.73).

JETZT SCHLÄGT'S DREIZEHN

Wer kämpft, kann verlieren! Wer nicht kämpft, hat schon verloren!! B.B.

1. Deutsche, die deutsch denken und fühlen, sind "Neonazis".

2. Deutsche, die der Überzeugung sind, daß das Wohl unseres Volkes Vorrang haben muß vor allen Partei- und Gruppeninteressen, sind "Reaktionäre".

3. Deutsche, denen die Erhaltung der eigenen Art und Identität am Herzen liegt, sind "Rassisten".

4. Deutsche, die aufmucken gegen die uns aufgezwungene Masseneinwanderung und Überfremdung, sind "Ausländerfeinde".

5. Deutsche, die die Ansicht vertreten, daß deutsche Politiker in erster Linie deutsche Interessen zu wahren haben, sind "Rechtsradikale".

6. Deutsche, die in den Alliierten weder Befreier noch Beschützer sehen, sind "Unbelehrbare".

7. Deutsche, die die Nase voll haben von Selbstbesudelung, Propagandalügen und Schuldkomplexen, sind "Unverbesserliche".

8. Deutsche, die feststellen, daß in der Zeit des Nationalsozialismus gute Leistungen vollbracht wurden, sind "Ewiggestrige".

9. Deutsche, die Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung auch für Deutschland fordern, sind "Faschisten".

10. Deutsche, die für Einheit und Unabhängigkeit ihres Volkes eintreten, sind "Nationalisten".

11. Deutsche, die die Kriegsschuld bestreiten, sind "Militaristen".

12. Deutsche, die die Selbstbestimmung auch für ihr Volk fordern, sind "Revanchisten".

13. Deutsche, die nicht an die 6 Millionen ermordeter Juden glauben, sind, "Antisemiten".

Ist das so ? Oder etwa nicht ?

Es hat für Deutschland dreizehn geschlagen !

DEUTSCHE, WEHRT EUCH !



FREIHEITLICHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI

LEIPZIG 7024

Schreiberstraße 20

Religion und Rassismus

dritter Teil

In den beiden vorangegangenen Teilen (siehe AJI Nr. 12 u. 13) wurde versucht die Wurzeln und Ursachen des Antisemitismus aufzuzeigen, das Verhältnis zwischen Christen und Juden. Wie sah es aber nach 1945 in den Ländern Europas und anderswo aus? Wie war das Verhältnis der Kirchen gegenüber den Juden nach 1945?

Nach 1945 hatten in der Bundesrepublik Kirchen, Gewerkschaften, Professoren, Theologen, Politiker und Nichtpolitiker ein vielfaches Interesse, ihre Kollaboration im NS-Regime zu tarnen. Fabrikanten und Indutrielle, die die Ausrüstung für die Gaskammern lieferten, besaßen selten den "Mut" eines Konstantin von Neurath, der im Nürnberger Prozeß am 25. Juni 1946 festhält an dem, was er am 17.September 1933 sagte: Deutschland muß von Juden gesäubert werden. Neurath erklärt dazu 1946: "Das ist genau mein Standpunkt heute, aber mit anderen Methoden".
Da es zunächst darum ging, amerikanische Gelder, Politiker und Militärs für "die gemeinsame Sache" des Kampfes gegen den "jüdischen Kommunismus und Bolschewismus" zu mobilisieren, wurde mit viel Geschick ein Apparat aufgebaut, der die überlebenden Juden selbst in die Verdeckung einschaltete. Durch Sühneopfer, Geldzahlungen an Israel, durch "Wiedergutmachungsfonds", durch freundliche Erklärungen an jüdische Organisationen wurde der eigene Staat als ein Musterländle der Demokratie vorgestellt. Als "nützliche Idioten"- dieser Scheltnahme wurde von Politikern der Rechten zur Denunziation von Menschen erfunden, denen man nachsagen wollte, daß sie Stalin verfallen seien, so wie man selbst vor kurzem Hitler verfallen war- wurden jene Einzelnen und Einsamen , denen es existenziell um eine Versöhnung mit Israel ernst ist, eingespannt in den Aufbau eines recht seltsamen Rituals der Verdeckung: Durch eine jährliche "Woche der Brüderlichkeit" wurde die ganze Unbrüderlichkeit dem anders denkenden Nächsten gegenüber abgeschirmt. Damen und Herren aus beiden Lagern, die gern bei Kundgebungen und repräsentativen Veranstaltungen und vor dem Fernsehschirm auftraten, begannen einen Philosemitismus zu praktizieren, der eine Sonderform des alten Antisemitismus bildet. Glänzend abgeschirmt, rückten lautlos und unaufhaltsam Mörder und Mitmörder in hohe Ämter, nicht zuletzt in der Polizei und in die Justiz und in die Bonner Ministerien ein. Dieser Prozeß einer stillen Machtübernahme wäre vermutlich reibungslos fortgeschritten, wenn es nicht "besondere Vorkommnisse", zei wahrhaft unerwartete Ereignisse eingetreten wären, Kettenreaktionen auslösten. Einerseits die Synagogenschändungen, die Schändungen jüdischer Grabsteine und andere Einzelaktionen rund um das antisemitische Jahr 1960, unschwer in die antisemitische Welle von 1960eingebracht werden. Sie wurden durch die Kriegsangst und die inneren Krisen in vielen Staaten mit provoziert. Andererseits traten zwei "Fälle" auf, die die Fasaden über Nacht durchsichtig machten - Eichmanns Festnahme in Argentinien und Rolf Hochhuts Drama "Der Stellvertreter".
Die durch den Eichmann-Prozeß erzwungene politische Verhandlungen- in denen es der Regierung Adenauer zwar gelang, den Fall Dr. Globke (hat die Nürnberger Gesetze mit ausgearbeitet und war später Berater von Adenauer) im Prozeß Eichmann zu trennen- hatten eine Kettenreaktion von Enthüllungen zur Folge. Erst jetzt wurde mit Prozessen gegen Mörder und Mitmörder der "Endlösung" ernst gemacht. Hochhuts Drama "Der Stellvertreter" zog die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die Mitverantwortung der Kirchen für alles, was 1918 bis 1945



geschehen war, in Deutschland und um Deutschland, in Europa.
Dieses Stück zeigt, wie nach dem Zusammenbruch von Hitlers Herrschaft, nach seinem Tod, nach dem Sieg der Alliierten in deutschen Landen, zumal in christlichen und konservativen Kreisen, Hitler gern als Dämon, als Antichrist, bezeichnet und gesehen wurde. Diese Entrückung entsprach nicht nur der früheren, zum Teil von den Menschen ausgespochene Entrückung in einen Himmel, der von seiner, Hitlers, Vorsehung bestimmt war, sondern diente vor allem einer Entlastung. Man wollte nicht wahrhaben, daß man mitverantwortlich war für den Aufstieg, die Machtübernahme, die verheerenden, Europa verwüstenden Erfolge dieses Mannes.
Dieses Stück zeigt aber auch sehr anschaulich, wie die Juden im Kerker Europas, im Ghetto Europa, sich buchstäblich von allen verlassen wußten. Karikative Einzelaktionen wie etwa Kardinal Janitzer in Wien, der untertauchende Juden in seinem Palais verbarg, in den Klöstern Roms und anderswo milderten nicht die harte Tatsache, daß keine christliche Kirche in Europa, weder die römisch-katholische noch die evangelische noch die orthodoxe Kirche sich imstande sah, den verfolgten Juden wirklich zu helfen.

Johannes XXIII. berief 1960 das II. Vatikanische Konzil ein, das dazu dienen sollte, um die römisch-katholische Kirche in ihrer Geschichte einen Schritt vorwärts zu bringen. Bei den Vorbereitungen dazu bemerkten viele Theologen auf der Suche nach der Schuld, die die Kirche mit dem heutigen Antisemitismus besitzt, überrascht fest, daß sie zu den heutigen Lebensfragen der Menschheit nichts eigenes zu sagen hat, daß die Kirche bis heute keine Ideologie besitzt, die der irdischen Wirklichkeit am nächsten kommt. Hierbei erregte Kardinal Bea früh den Zorn des Heiligen Offiziums durch seine Vorbereitung eines Schemas über die Juden, das den kirchlichen und theologischen Antisemitismus in seinem Herzkern brechen sollte. Als das Heilige Offizium dies erfuhr, begann es sofort die arabischen Staaten aufzuhetzen. Deren Diplomaten wurden beim Heiligen Stuhl vorstellig. Bea mußte zurückziehen, bevor das Schema im Juni 1962 der Zentralen Vorbereitenden Kommision vorgelegt werden konnte.
1960 hatte Kardinal Bea den Entwurf für diese konziliare Erklärung über die Juden

auf Anordnung des Papstes Johannes XXIII. vorbereitet. Darin hieß es, weder die Judenheit zur Zeit Christi noch die Juden eit zur Zeit Christi noch die Juden von heute sind am Tode Christi Schuld. Das jüdische Volk ist vom Vorwurf des kollektiven Gottesmordes freizusprechen. Diese Schuld kommt auf das Sündenkonto der gesamten Menschheit. Es ist ungerecht, den Juden Gottesmord vorzuwerfen, wie es bisher von den Christen geschehen ist und sie bis heute büßen zu lassen. Der Begriff eines göttlichen Fluches, der die Juden durch alle Jahrhunderte verfolgte, ist durch die Bibel nicht zu belegen. Gegen diesen Bea-Entwurf sind hunderte Bedenken und Einwände biblischer, theologischer, pastoraler, politischer Art mobilisiert worden, wobei der arabische Nationalismus erwünschte Hilfsdienste leistete. Zum Schluß blieb von ihm nur noch übrig: "...die Juden unserer Zeit sollten nicht belastet werden mit dem, was beim Leiden Christi geschah." Selbst dieser bis zur Unkenntlichkeit verwässerte Entwurf sollte durch einen dubiosen Briefbefehl dreier Kurienkardinäle noch auf eine nichtssagende Kurzformel zusammengestrichen werden.

Die immer verbesserte Judenerklärung wurde in der vorletzten Hauptsitzung der II. Session des Konzils 1964 unter dem entschärften Titel "Über die Nichtchristen" vorläufig mit 1657 Ja-Stimmen gegen 99 Nein-Stimmen angenommen.

Um ein neues Selbstverständnis der Kirche, darum ringen heute Theologen und Nichttheologen. Man weiß auch, zumindest in kleinen Kreisen, daß dieses Selbstverständnis neue Beziehungen und Öffnungen zur "Welt", zu den irdischen Wirklichkeiten, zu Liebe, Geschlecht, zu den anderen Weltreligionen, zum "atheistischen Humanismus" und so auch zum Judentum fordert. Diese Pionierarbeit von einzelnen und kleinen Gruppen kann sich jedoch auf die Dauer in der Christenheit nur dann einwurzeln, wenn die Selbstverschließung und Selbstverdeckung und der Auszug, der Exodus aus der Geschichte ersetzt werden durch eine Selbstanalyse der Christenheit. Sie führt durch jahrtausendalte, tief eingewurzelte Irrtümer, Fehlleistungen, Fehlhaltungen zurück zum JUDEN JESUS.

Die "Zweite Revolution"

Am 30.Juni jährt sich zum 50.Mal die sogenannte "Nacht der langen Messer", bei der die gesamte SA aufgelöst und ihre Führer wie Röhm ermordet wurden. Der Ruf damals nach einer "Zweiten Revolution" wurde der SA zum Verhängnis. Dieser Ruf wird von vielen Neonazikreisen, die sich selbst in der nationalsozialistischen Tradition verstehen, wieder aufgegriffen. Am deutlichsten wird dies bei Michael Kühnen, einer der "schillernsten Figuren" der Neonaziszene, und seinen Organisationen.

Die Nacht der langen Messer

Hitler hatte Mitte 1934-anderthalb Jahre nach der Besteigung des Kanzlerstuhls-allen Grund besorgt zu sein. Von vielen Seiten wurde er mit den widersprechensten Forderungen bestürmt, fast jeder Tag brachte schlimme Nachrichten. Der Reichsbankpräsident Schacht meldete, daß der Devisenbestand der Reichsbank von 400 Millionen Mark zu Anfang des Jahres auf die geradezu lächerliche Summe von nur noch 76 Millionen Mark zusammengeschrumpft war und deshalb



Ernst Röhm, Stabschef der SA

die Einfuhr aller überflüssigen Waren, dazu zählte er alle Arten von Konsumgütern, drastischer als bislang gedrosselt werden müssen. Der Reichswirtschaftsminister Schmitt dagegen forderte dringend die Erhöhung der Einfuhr von Rohstoffen, weil anderenfalls zahlreiche Betriebe schließen müßten und die Masse der Arbeitslosen, ohnehin noch mehr als 3 Millionen, wieder sprunghaft ansteigen würde. Damit der soziale Zündstoff, der sich in gefährlicher Weise angesammelt hatte, beseitigt werde, verlangten Schmitt und der Reichsfinanzminister von Krosigk außerdem eine Stärkung der Massenkaufkraft durch eine spürbare Herabsetzung der Massensteuer, bei gleichzeitiger Kürzung der Ausgaben aller Ministerien, einschließlich des Reichswehrministeriums, also eine Verlangsamung der Rüstung. Der Streit zwischen den Ministerien ließ sich aber nicht so leicht aus der Welt schaffen, weil ein schwerwiegendes Problem zugrunde lag: Wie sollte man mit der gefährlich wachsenden Unzufriedenheit im Volke fertig werden? Diese Unzufriedenheit beschränkte sich nicht nur auf die Arbeiterschaft, ihre ungeduldigesten Vertreter waren vielmehr dieselben Nazianhänger und SA-Männer, die den Terror auf den Straßen gegen Juden und Andersdenkende ausführten. Sie pochten nun auf die endliche Einlösung der gemachten Versprechungen: Befreiung von den Wucherzinsen der Großbanken, Beseitigung der erdrückenden Konkurrenz der Warenhäuser und der Ladenketten, Bevorzugung ihrer persönlichen Stellung als "alte Kämpfer". Diese Forderungen wurden in den Ruf nach einer "Zweiten Revolution" gekleidet.

Jahre zuvor, 1926/27, zu einer Zeit, in der die NSDAP in ziemlicher Bedeutungslosigkeit gelebt hatte, kam es zu innerparteilichen Spannungen. Die norddeutschen Nationalsozialisten unter Führung der Gebrüder Otto und Gregor Strasser wollten die sozialistischen Punkte des Parteiprogramms stärker betont wissen und setzten sich damit in Gegensatz zur Münchner Gruppe, die zu Hitler hielt. Diese Auseinandersetzung war für Hitler nicht ungefährlich, es gelang ihm aber, sich durchzusetzen. Otto Strasser verließ die Partei und Hitler gewann den Propagandisten der Strasser-Gruppe, Goebbels, für sich. Gregor Strasser blieb Hitler in Loyalität bis kurz vor der Machtergreifung verbunden. Auf diesen "revolutionären" Flügel der NSDAP stützte und berief sich Röhm. Hitler sollte auch die im Wahlkampf gemachten Versprechungen einlösen. Röhms Absicht war es, den Druck von unten zu benutzen, um gegen alle Widerstände eine einschneidende Regierungsumbildung zu erzwingen. Diese sei notwendig, um unpopuläre und unfähige Persönlichkeiten durch solche zu ersetzen, die neben dem notwendigen Sachverstand auch das Vertrauen der braunen Armee Hitlers und darüber hinaus der Millionengefolgschaft der NSDAP besäßen. Röhm verwies darauf, daß in breiten Kreisen der Partei der Wunsch bestünde, Gregor Strasser als preußischen Ministerpräsidenten und möglichst auch als Wirtschaftsminister zu sehen, und daß durch eine Berufung des General

Schleicher zum Vizekanzler auch die Arbeiterschaft eine gewisse Beruhigung erreicht werden könne. Hinzu kam zu diesen Forderungen auch der Umstand, daß die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft stellenweise schon zum Widerstand überging. Es zeigte sich drastisch, daß die Meldungen über diesen Zustand keine Schwarz-Weiß-Malerei waren.

Der Weg, der Hitler u.a. von Himmler und Göring empfohlen worden war, war ein vernichtender Schlag gegen die SA zu führen, die zum gefährlichsten, weil bewaffneten Zentrums der Unzufriedenheit und des Wunsches nach einer "Weiterführung der Revolution" geworden war. Er mußte sich für die stärkere Seite entscheiden: Für die Reichswehr und SS und gegen die SA. Hitler überließ die Planung Göring und Himmler unter Mitwirkung von Blomberg und Reichenau, die am 21.6.1934 abgeschlossen war. Durch unterschiedliche Meldungen über die SA und durch eine klug eingefädelte Intrige gegen Röhm bestand der Eindruck, die SA stehe kurz vor einem Putschversuch. Innerhalb weniger Stunden am 30.6.1934 wurde die SA aus einer bewaffneten Millionenarmee, die von den Herrschenden als eine unberechenbare Gefahr empfunden worden war, in einen armseligen, gedemütigten, zahnlosen Kriegerverein verwandelt. Das Gespenst der "Zweiten Revolution" war gebannt worden. Röhm wurde am 1.Juli 1934 in München-Stadelheim von SS-Oberführer Eicke (Lagerkommandant des KZ Dachau) erschossen. Der Großteil der SA-Führung

Die Sturmabteilung-SA

Die Sturmabteilung, kurz SA genannt, wurde aus den Ordnugsgruppen der NSDAP-Veranstaltungen gebildet. Hitler, seit dem 29.7.1921 offiziell Parteivorsitzender, verzeichnete 1920/21 bei seinen Veranstaltungen immer größer werdende Zuhörermengen. Propagandawirksam war auch, daß die Ordnungsgruppen mit spektakulären Schlägereien Aufmerksamkeit erzeugten. Das Verlangen nach Kampf und Opfern war dabei wörtlich zu nehmen, denn es gehörte zum Propagandastil der NSDAP, das öffentliche Aufsehen durch Straßen- und Saalschlachten zu erzeugen. In "Mein Kampf" hatte Hitler diese Form der Parteistreitmacht damit gerechtfertigt, daß eine Partei in der Lage sein müsse, ihre Propagandaarbeit ohne polizeiliche oder staatliche Hilfe durchzuführen, die eigene Versammlung zu schützen und die gegnerische stören zu können. Dieses Mittel, mit einer paramilitärischen Organisation aufzutreten, bedienten sich zuerst der "Rotfrontkämpferbund". Später kamen, nach der SA, noch das "Reichsbanner" der SPD dazu. Die Parole des "Rotfrontkämpferbundes" "Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft !" garantierte den Nationalsozialisten eine im Laufe der Zeit immer größer werdende Zahl von Zusammenstößen. Die SA erhielt die spezielle Aufgabe, die Kommunisten zum Kampf herauszufordern. Der SA-Slogan war damals "Wir prügeln uns groß!". Es blieb aber nicht nur bei Provokationen, es kamm zu massiven Übergriffen und Angriffen auf politische Gegner und "Nicht-Arier". In den Jahren von 1924-1928 kamen insgesamt 22 SA-Leute und eine große Zahl von Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden ums Leben. Einzelne der getöteten SA-Leute wurden aus Propagandagründen in Form von neuerlichen provozierenden Großveranstaltungen beigesetzt, wie z.B. der SA-Sturmführer Horst Wessel, der Autor des heutigen Horst-Wessel-Liedes. Nach 1930 wurden dann auch die SS und die Hitler-Jugend mit in diese Auseinandersetzungen einbezogen. Dieser Straßenterror forderte über Jahre hinweg hunderte von Todesopfern. Mit Vernichtung der SA und ihre Führer im Jahre 1934, die Stärke der SA damals entsprach etwa 10 Reichswehrdivisionen , hatten die SA-Mörder ihren Tod gefunden. Doch nicht das Volk hatte sie gerichtet, sondern ebenso verbrecherische Mörder.

und Sympatisanten in der Regierung, wie Herbert von Bose, wurden vom 30.6. bis 2.7.1934 dort wo man sie fand oder in den Kellern der GESTAPO erschossen. Die Zahl der Ermordeten geht von etwa 300 bis über 1000 Personen.



Otto Straßer

Die neue "Zweite Revolution"
Ein kleiner Querschnitt

Der Naziaufmarsch im Juni 1990 in Dresden für den ermordeten Nazi-"Führer" Rainer Sonntag wurde zum größten Aufmarsch von militanten Faschisten in der Nachkriegsgeschichte. Etwa 200 TeilnehmerInnen des gesamten neofaschistischen Spektrums marschierten durch die Straßen von Dresden. Dabei waren unter anderem die FREIHEITLICHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI (FAP), die mittlerweile verbotene NATIONALISTISCHE FRONT (NF), die ebenfalls verbotene NATIONALE OFFENSIVE (NO) sowie regionale und lokale Nazigruppen. Als Organisator für den Aufmarsch trat die GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) auf.

Die GdNF ist eine vom verstorbenen Neonazi Michael Kühnen, von Thomas Brehl und Christian Worch (Nationale Liste-NL) gegründete, straff geführte Kaderorganisation und ist nach der internen Organisationszeitschrift "Die Neue Front" benannt worden. Sie bekennt sich offen zum Nationalsozialismus und versteht sich als legaler Arm der nationalsozialistischen Bewegung der neuen Generation in der Tradition der SA. Politisch kämpft die GdNF für die Aufhebung des NS-Verbotes um die Neugründung der NSDAP als gemeinsame Organisation aller faschistischen Kräfte zu vollziehen und bekennt sich zum Kern und Sinn des 25-Punkte - Programms der NSDAP vom 24.2.1920. Zu den führenden Köpfen der GdNF zählen nach dem Tod von Kühnen Christian Worch, Gottfried Küssel (VAPO-Österreich) und Arnulf Priem (WOTANS VOLK Berlin). Die ideologische Vorläuferorganisation war die ebenfalls von Kühnen gegründete AKTIONSFRONT NATIONALER SOZIALISTEN / NATIONALER AKTIVISTEN (ANS/NA), die 1983 verboten worden ist. Kühnen selber orientiert sich an der historischen SA, insbesondere an Ernst Röhm und nach deren Forderung einer "Zweiten Revolution". Dies wird auch an seinem in Haft geschriebenen programmatischen Schriften "Die Zweite Revolution Band 1: Glaube und Kampf" und "Die Zweite Revolution Bd. 2: Der Volksstaat" deutlich. Viele der neuen Nationalsozialisten sehen in der SA eine sozialrevolutionäre, romantisch zu verklärende, pure NS-Kämpfertruppe. Nach ihnen steht die





"Zweite Revolution" noch aus: die sozialistische. Die erste Revolution (die "Nationale") ist damals von Hitler und Röhms SA gemeinsam durchgeführt worden.

Kühnen verfolgt nach eigenen Angaben "seit 1977 drei aufeinanderfolgende Ziele: 1. Aufhebung des NS-Verbotes, 2. Neugründung der NSDAP und 3. Nationalsozialistische Revolution in Deutschland zur Verwirklichung der wahren Volksgemeinschaft.

Ein Hauptaugenmerk der GdNF ist paramilitärisches Training und der Ausbau der GdNF-Struktur zur SA. Die GdNF ist also, ideologisch sowie praktisch gesehen, vergleichbar mit der historischen SA. Ein weiterer Augenmerk besteht in dem Aufbau von Organisationsstrukturen, vor allem in der ehemaligen DDR, die so beschaffen sind, um eventuelle Lücken , die durch Verbote von GdNF-Organisationen bzw. nahestehende Organisationen entsehen, schließen zu können. Die Menge der Organisationen und Gruppen ist daher kein Ausdruck der Zersplitterung, sondern Ausdruck der Arbeitsteilung und der Verschleierung von übergreifenden Strukturen. Während seit Jahren Kontakte gepflegt und Treffen organisiert werden, um diese Strukturen aufzubauen, rückt dieses Spektrum von Parteien, Organisationen und Gruppen heute öffentlich zusammen. Die Kaderstruktur der GdNF ist derzeit in etwa 30 faschistischen Vereinigungen und Parteien in Deutschland, Österreich, Niederlande und Belgien vorzufinden. Es sind auch Mehrmitgliedschaften möglich.

Als die am besten organisierte Kraft der Neonazis kann die NF aus Bielefeld angesehen werden. Nach deren Verbot ist diese Partei in mehrere Tarnorganisationen aufgegangen. Die NF steht für eine intensive Kaderschulung, militärische Ausbildung und straffe Organisation. Historisch bezieht sich die NF auf den Strasser-Flügel der NSDAP und proklamiert deshalb den sogenannten 3.Weg, der "nationalrevolutionäre Befreiungsnationalismus". Die NF propagiert einen Antikapitalismus, ähnlich dem des Strasser-Flügels. So wird in Flugis unter anderem "die Soziaöisierung der Großindustrie und die Enteignung des Großkapitals" gefordert. Ähnlich argumentiert die FAP, die in ihrem Programm 24 der 25 Punkte des NSDAP-Programms übernommen haben: "Gemeinschaftssinn statt Klassenkampf und Ausbeutung!... Wir fordern Schutz des Menschen, statt Schutz des Kapitals!". Die NO (ebenfalls mittlerweile verboten) liegt wie die DEUTSCHE ALTERNATIVE (DA) auch nicht weit neben dem Programm der FAP. Auch sie



entfalten eine populistische, nationalsozialistische Propaganda. Aber auch die "Jungen Nationaldemokraten" sind ideologisch den Nationalrevolutionären zuzuordnen und stehen für einen "modernisierten" Faschismus.
Entgegen "national - demokratischen" Parteien, wie z.B. DVU und Republikaner verbreiten die neuen nationalsozialistischen Revolutionäre öffentlich ihr Weltbild. Diese Gruppen propagieren und betreiben seit Jahren eine Gewalt gegen "Nicht-Deutsche", JüdInnen, gegen fortschrittliche und antifaschistische Menschen als Teil ihrer politischen Strategie zur Errichtung eines IV. Reiches. Sie rekrutieren vor allem Jugentliche mittels ihrer Vorfeld- und Wahlorganisationen und verstehen sich als Avantgarde zum Aufbau einer neuen NSDAP (ähnlich der SA). Der Weg dahin führt über die Aufhebung des NS-Verbotes, die Kühnen "nicht juristisch, sondern politisch" überwunden sah.
Der sogenannte Nationalsozialismus oder Volkssozialismus darf nicht darüber hinwegtäuschen ("Gemeinnutz vor Eigennutz"), daß diese Organisationen einer extremen Rassenlehre folgen, Hitler als historisches Vorbild. Viele setzen aber auch auf einen neuen Nationalsozialismus-Begriff, der auf die gesellschaftlichen Veränderungen nach 1945 eingeht. Beim genaueren Hinsehen zeigen sich jedoch viele Parallelen und Linien, die zurück zur NSDAP und Röhms SA führen, vorwärts zum IV.Reich.

Quellen: "Drahtzieher im braunen Netz", Edition - ID - Archiv
"Am rechten Rand" Rainer Fromm



Das Gespräch:

B.:Also ich komme von der Vorbereitungsgruppe Wunsidel in Leipzig. Wir haben uns jetzt schon seit einigen Monaten damit beschäftigt, die Vorbereitung in Leipzig durchzuführen. Es geht vor allem darum, daß wir Leipziger ober besser als Region entschieden haben, ein dezentrales Konzept auch bundesweit durchzusetzen d.h. wir sind im Vorfeld schon bei einigen bundesweiten Vorbereit-ungstreffen gewesen und haben unser Konzept dargelegt. Das dezentrale Konzept streben wir deshalb an, da wir einsehen mußten, daß zentrale Aktionen gegen die Faschisten erfolglos geblieben sind. Unsere Vorbereitungsgruppe hatte jetzt schon ein Bündnistreffen durchgeführt, am 5. Mai, daß recht spärlich besucht war. Deshalb wird am 26. Mai ich hoffe ein breiteres Bündnis zustandekommen. Es gab schon die Anregungen anderer Gruppen, z.B. ein Konzert auf dem Augustusplatz durchzuführen, aber wir wissen noch nicht wie weit wir aus dem Kiez Connewitz herauskommen und eine größere Öffentlichkeit erreichen als bei bisherigen antifaschistischen Aktionen.

AJI: Also das Defizit bezeichnet ihr ganz eindeutig als mangelnde Flexibilität bei bisherigen Aktionen, d.h. das große Aktionen gelaufen sind, große Mobs unterwegs waren die ganz leicht von der Polizei aufzuhalten waren. Aus diesem Konzept wollt ihr ausbrechen?

B.: Das Problem, welches wir gesehen haben ist, daß wir immer nur reagieren konnten, daß uns die Informationen gefehlt haben, wo derzeit der politische Feind seine Aktionen durchführt und wir wollen nicht in der Öffentlichkeit als zweite Hilfspolizei dastehen. Desweiteren gab es auch den Gedanken, nicht für ein "sauberes, Nazifreies Deutschland" zu arbeiten, sondern faschistische Struckturen aufzudecken, die in der Region vorhanden sind. Daran schließen auch die Aktionen die geplant sind z.B. Wohnungen zu blockieren von einigen Faschisten in der Region selbst. Im Prinzip gehts darum, den organisatorischen Aufwand nicht mehr so zu betreiben, weil es doch für viele Leute sehr schwer nachzuvollziehbar gewesen ist, vor allem für junge Leute, warum wir nie was erreicht haben. Und wir wollen eben auch junge Leute ansprechen, um bei praktischen antifaschistischen Aktionen dabeizusein.

AJI: Was denkst du, was die Ursachen sind, warum so wenig Leute zum Vorbe-reitungstreffen da waren. Liegt das am mangelnden Interesse oder wußte niemand so richtig bescheid, weil es zu wenig publik gemacht wurde. Vielleicht sollte man bürgerliche Medien auch dazu zu nutzen oder andere Bündnisse, Organisationen etc.?

B.: Also ich sehe das zweigeteilt. Erstens geht es darum wirklich Leute zu gewinnen, eben Jugendliche, für antifaschistische Aktionen. Das Zweite ist Organisationen zu gewinnen, die antifaschistische Grundpo-sitionen in ihren Papieren stehen haben. Zu den ersten will ich nur sagen, dadurch, daß in Connewitz als Kiez schon so etwas wie ein antifaschistisches Flair existiert, es kaum gelungen ist, neue Leute zu gewinnen.

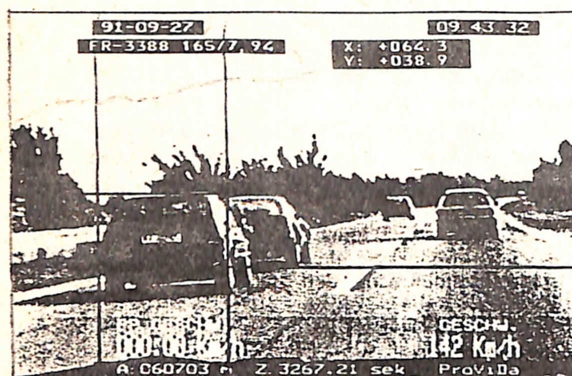
AJI: Woran machst du denn das antifaschistische Flair in Connewitz fest?

B.: Das beziehe ich darauf, daß sich hier überproportional Leute sehe, die sich woanders gar nicht aufhalten könnten, weil sie woanders mit Gewalttaten gegen ihre Person zu rechnen hätten wie z.B. in Grünau oder Schönefeld.

AJI: Ist das dann nicht eher so etwas wie ein Opferfeeling, ein Verfolgten-feeling, nicht unbedingt ein antifa-schistisches?

B.: Das Problem ist, daß man jetzt nicht

unbedingt die "Opfer" sieht, sondern das die Leute hier in Connewitz so weit sind, daß, sobald hier irgendwas passieren würde auch eine Gegenwehr da ist. Und damit rechnen auch immer die Faschisten, wenn sie ihre Aktionen vorbereiten, wo könnten sie was machen, wie sind die Fluchtmöglichkeiten. Und die sind in Connewitz etwas schlechter. Das ergibt sich auch daraus, daß es hier viele kulturelle Projekte gibt die auch junge Leute so anziehen, daß eine gewisse Grundposition schon vorhanden ist.



Zu den Organisationen wäre noch zu sagen, daß bei dem Bündnistreffen Gewerkschaftsgruppen und einige linke Grupierungen, wie z.B. der Bund der Verfolgten des Naziregimes und der Bund der Antifaschisten anwesend waren, aber erstaunlicher Weise kaum andere Organisationen. Ich beziehe das jetzt speziell auf die PDS und das Bündnis 90/ Grüne, die trotz ihrer parlamentarischen Arbeit eigentlich genügend Leute haben müßten, um diese Aktion mit abzudecken. Darüber sind wir etwas enttäuscht, da wir diese gezielt eingeladen hatten.

AJI: Du sagtest vorhin, daß es eine Möglichkeit wäre Wohnungen zu blockieren, welche ja doch schon einen Zug von Militanz enthält. Es könnte doch passieren, daß die PDS oder die Gewerkschaften solche Aktionen nicht mittragen wollen. Bedeutet daß, ihr schreibt ja von unterschiedlichen Aktionsformen, das eine Gefahr besteht, daß "militante Aktionen" von vornherein ausgeschlossen werden?

B: Das denke ich eigentlich nicht, denn das Vorbereitungspapier sagt eindeutig, daß es ein breites Bündnis geben wird, d.h. alle Bündnispartner kennen die Konzepte anderer Gruppierungen und wissen, was diese an deisem Tag vorhaben. Sollten solche Organisationen, wie zum Beispiel Bündnis 90/ Grüne gegen militante Aktionen sind, werden sie von sich aus gute Argumente dagegen haben, aber ich denke schon, daß wir deren Argumente widerlegen können. Was die Militanz betrifft, gilt es ein Zeichen zu setzen gegen die Faschisten, die in der Region Leipzig selbst militant vorgegangen sind. Natürlich kann man einen 80 jährigen DVU- Rentner nicht so erschrecken, daß jener an einem Herzanfall leidet, aber es läßt sich schon in etwa absehen, wessen Wohnung wir blockieren werden.

AJI: Einerseits strebt ihr Bündnisarbeit an, andererseits versucht ihr, in der Bündnisarbeit für alle anderen klar zu machen, daß jeder seine Interessen trotzdem durchsetzen sollte, unter dem gemeinsamen Überbau dieses Wochenendes. Stellt sich dieses Bündnis nicht damit selbst in Frage, wenn ihr auf dem Standpunkt der Militanz besteht, unter dem Aspekt, daß in dem Bündnis jeder seine Interessen vertreten kann. Ist das nicht ein praktischer Widerspruch?

B: So klar sehe ich den praktischen Widerspruch nicht. Ich glaube, daß es eher daran liegt, wie man das in der Öffentlichkeit vermitteln kann. Wenn man vorher eine gute Medienarbeit leistet, in der man die unterschiedlichen Positionen und Mittel des antifaschistischen Kanpfes, wenn ich das mal so sagen darf, rüber bringt, denke ich schon, daß es eine Akzeptanz seitens pazifistischer Organisationen geben kann.

Sie müssen nicht im direkten Zusammenhang mit den Militanten erscheinen, sondern können ihre antifaschistische Arbeit mit ihrer Organisation leisten.Das Problem, welches ich sehe ist, daß sich Parteien, die man durchaus als linksliberal bezeichnen kann, Angst haben, in der

Öffentlichkeit schlecht da zu stehen. Ich denke schon, das man mit einer guten Medienarbeit das von den Gruppierungen her trennen kann.

AJI: Kann es sein, daß die Grünen sich erst nach der Wahl an dieser Aktion beteiligen wollen, um vor den Wahlen nicht schlecht dazustehen? Ebenso die PDS?

B: Diese Frage habe ich bis jetzt noch gar nicht angedacht, ich weiß jetzt gar nicht, wann genau die Wahlen sind, weil mich Wahlen nicht groß interessieren. Ich nehme an, daß sie Anfang Juni sind. Desweiteren denke ich, daß in der Leipziger Öffentlichkeit überhaupt nicht so bekannt ist, daß Antifaschisten militant arbeiten. Auch durch den verordneten Antifaschismus in der DDR gibt es hier eventuell eine größere Akzeptanz gegenüber militanten Antifaschismus, weil die Bürger selbst darüber erschrocken sind, wie militant Nazis vorgehen können. Man sollte dabei immer beide Seiten sehen. Wie die PDS reagieren wird weiß ich nicht, ich kann nur hoffen, daß sie bestimmte Positinen von sich aus aufgeben werden. Es reicht schon, wenn ein bayrischer Graf, der Nachfolger von Bismark ist auf eine Liste von der PDS in Sachsen gesetzt wird. Er bezeichnet sich selbst als deutschnational. Das gibt natürlich von unserer Seite einige Befremden gegenüber der PDS. Es ist also nicht unbedingt nur seitens der PDS gegenüber uns.

AJI: Das erste Treffen hat ja nun schon stattgefunden. Habt ihr eure Vorstellungen über den Ablauf schon konkretisieren können, oder ist das einzige was bisher läuft ein Konzert auf dem Augustusplatz?

B: Wie schon angedeutet ist ja das erste Bündnistreffen sehr schlecht besucht gewesen. So ist es überhaupt noch nicht überschaubar, was an diesem Tag alles laufen wird. Von der Vorbereitungsgruppe selbst war angedacht, die militanten Aktionen am Vormittag durchzuführen, also die Leute zu behindern, die nach Wunsiedel fahren wollten, d.h. die Faschisten zu behindern. Desweiteren war angedacht entweder eine Informationskundgebung, oder Informationsstände in der Innenstadt zu machen. Konkreter zu fassen ist natürlich ein Konzert, was dadurch bedingt ist, daß in der Vorbereitungsgruppe auch Vertreter von kulturellen Projekten mit organisiert sind, die so etwas auf die Beine stellen können. Auf dem Treffen selbst kam der Vorschlag, aus dem Kiez rauszugehen, was für mich wirklich ein Vorwärtskommen ist, auch hinsichtlich der Wirksamkeit in der Öffentlichkeit. Es ist also das Konzert auf dem Augustusplatz angedacht, in wie weit das durchführbar ist, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

Ich möchte noch etwas zur Arbeit der Vorbereitungsgruppe sagen. Selbstkritisch muß man sagen, daß wir das erste Bündnistreffen kaum öffentlich gemacht haben über die sogenannten bürgerlichen Medien. Wir haben jeden Donnerstag im Haus der Demokratie Bürozeiten ab 18 Uhr, wo sich die Organisationen, die sich angesprochen fühlen, immer mal melden können, um uns ihre Ideen zu Aktionstag mitzuteilen. Seit einigen Wochen steht ein Spendenkonto, wo jetzt schon einige Spenden eingegangen sind. Die Telefonnummer im Büro ist die 3911149. Möglichst nur zu Bürozeiten anrufen. Wir sind in der Vorbereitungsgruppe etwa 5-8 Leute und treffen uns regelmäßig aller 2-3 Wochen.

AJI: Könntest du mal kurz umreißen, aus welchen politischen Backround die Leute kommen?

B: Bei den Vorbereitungskreis handelt es sich um Leute aus dem Offenen Antifaschistischen Plenum, welches natürlich auch aus verschiedenen Gruppen zusammengesetzt ist. Es ist schon so, daß die unabhängigen Antifas da die Vorreiter sind.

AJI: Wann soll das nächste Bündnistreffen stattfinden?

B: Am 26. Mai. Wir denken, daß die Parteien auch verstärkt anwesend sein werden, um sich diesen Tag nicht aus der Hand nehmen zu lassen, an welchem man ehrliche antifaschistische Arbeit noch leisten kann. Der Tag hat ja auch eine zentrale Bedeutung für die Faschisten, sodaß wir uns von Antifa Seite her, auf diesen Tag konzentrieren werden.

AJI: Danke!

Wunsiedel 1994 VERHINDERN

Am 17.8.1994 ist der siebente Todestag des Hitler - Stellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß. Er verstarb 1987 im Gefängnis der Alliierten in Spandau und wurde in Wunsiedel beerdigt. Bevor Heß starb, wurde er in faschistischen Kreisen als " Botschafter des Friedens " dargestellt, der durch seine " Fallschirmlandung in Großbritannien " sein Leben auf's Spiel setzte, um "in einem kühnen Alleingang den Frieden zu retten". Dieser diente dazu, mit dem kapitalistischen Großbritannien einen Seperatfrieden abzuschließen,um mit diesem zusammen gegen Osten zu marschieren.
Als Privatsekretär ließ er sich von Hitler " Mein Kampf " diktieren.
Er war schon beim Putschversuch 1923 in München dabei und nach der Machtergreifung " Stellvertreter des Führers der NSDAP".
Es wird von den FaschistInnen versucht, ihre Ideologie durch die Person Rudolf Heß zu rehabilitieren. Die Massenmörderinnen des Nazi-Regimes sollen als zu unrecht verurteilt dargestellt werden.
Seit 1988 veranstalten FaschistInnen einen "Rudolf-Heß-Gedächtnismarsch".
Inzwischen ist Wunsiedel für das gesamte Spektrum des europäischen faschistischen Netzwerkes, vom Ideologen bis zum Nazi-Skin zum Wallfahrtsort geworden. Der Gedenkmarsch ist Bindeglied zwischen den verschiedenen Fraktionen der FaschistInnen im Weltmaßstab. Die Demonstration ist auch Ausdruck der zunehmenden Zusammenarbeit ihrer verschiedenen Flügel und treibt so einen festeren Zusammenhalt voran.
1991 waren in Bayreuth - der Aufmarsch in Wunsiedel wurde gerichtlich untersagt - 2000 FaschistInnen versammelt, was damit die größte faschistische Versammlung auf dem Boden der BRD war. Ein Jahr später waren es 2000, die im thüringischem Rudolstadt verbotenerweise marschierten. Im vorigen Jahr spielten die FaschistInnen Katz und Maus mit der Staatsmacht sowie mit tausenden AntifaschistInnen.
Die FaschistInnen fielen von der nahegelegenen Autobahn in Fulda ein und zogen ihren Aufmarsch deutlich dezimiert durch. Vor Fulda wurden Antifa's mit einem Großaufgebot von Sondereinsatzkräften festgehalten.
Wir, die VerfasserInnen dieses Konzeptpapieres, beteiligen uns seit einigen Jahren an antifaschistischen Gegenaktionen, die immer das Ziel hatten, den Aufmarsch der FaschistInnen zu be- bzw. verhindern.
Dabei mußten wir die Erfahrung machen, daß die FaschistInnen immer einen entscheidenden Vorlauf hatten, d.h. wir mußten auf ihre Entscheidungen an diesem Tag REAGIEREN und nicht umgekehrt. Desweiteren behinderte die massive staatliche Repression gegen AntifaschistInnen unsere Arbeit, über das Einschleusen von verdeckten Ermittlern in die Vorbereitungen, dem Behindern unserer Öffentlichkeitsarbeit, der ständigen Observation bis zur brutalen Freiheitsberaubung. Durch die Kriminalisierung antifaschistischer Politik wurden wir in unseren Zusammenhängen isoliert.
Nach den ersten Diskussionen für Aktionsformen in diesem Jahr haben wir uns entschlossen, bisherige Ansätze des Widerstandes zu verändern. Der hohe Stellenwert des jährlichen Aufmarsches für die faschistische Internationale macht es erforderlich, Bündnisse einzugehen, die ein breites Spektrum von

Kidnaping/Hostage taking

Wounded

antifaschistischer Arbeit verdeutlichen, d.h. von pazifistischen Ansätzen bis zu militanten Aktionsformen, die die direkte Konfrontation suchen.
Gerade die Diskussionen über den Film "Beruf Neonazi " haben uns ebenso die Augen für die jetzige Situation geöffnet, erschreckend ist, wie wenig die reale faschistische Gefahr vielen Menschen bewußt ist.

Imprisonment

Am 5. Mai fand im Haus der Demokratie das erste Leipziger Bündnistreffen zur Vorbereitung des antifaschistischen Aktionstages am 13. August 1994 in Leipzig statt.
Obwohl VertreterInnen von Vereinen, Initiativen sowie politischen Organisationen anwesend waren, müssen wir als Vorbereitungsgruppe konstatieren, daß antifaschistische Grundpositionen bei Vielen nicht in praktisches Handeln, wie wir es am 13. August anstreben, umgesetzt wurde.
Deshalb fordern wir Euch-alle bisher Angesprochenen bzw. Informierten- auf, setzt Euch bitte (wenigstens in Ansätzen) mit der Bedeutung des sogenannten " Rudolf-Hess-Gedenkmarsches" auseinander!

Am Donnerstag, den 26. Mai um 18 Uhr wird deshalb ein Zweites Leipziger Bündnis-Treffen im Haus der Demokratie stattfinden.

Ein Ergebnis des spärlich besuchten 1. Treffens war die Entscheidung, eine Koordinierung über festgelegte Bürozeiten zugewährleisten:

AB SOFORT IST DIE VORBEREITUNGSGRUPPE
JEDEN DONNERSTAG
VON 18 UHR BIS 20 UHR
IM HAUS DER DEMOKRATIE ZIMMER 412
vor Ort bzw. über
TELEFON: (0341) 3911149
zuerreichen.

Spendenkonto:
Bayerische Vereisbank
BLZ: 860 200 86
Kto.-Nr 844 52 14
Kennwort: Aktionstag

Kontaktadresse:
Haus der Demokratie
c /o VL
Wunsiedel VG
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig

Other <Explain>

«OK»

Mit der Neuen Rechten kommt der Faschismus im neuen Gewand

"Die Neue Rechte umfaßt ein weitgefächertes Spektrum. Sie ist Bindeglied zwischen Neokonservativen und Faschisten. Ihre Protagonisten arbeiten an einer Restaurierung rechtsextremer Ideologie." So lautet die Einleitung in der Broschüre "Antifaschistische Informationen gegen die Zeitung "Junge Freiheit"". Wir haben den folgenden Artikel übernommen, weil er in relativ kurz einen Überblick über die wichtigsten Grundzüge der Neuen Rechten bietet, was bei einem so umfassenden Thema , denken wir, gut gelungen ist. Geplant hatten wir einen solchen Artikel eigentlich schon lange, nachdem wir in Diskussionen gemerkt haben, daß für einige Leute solches Hintergrundwissen entscheidend für die Argumentation ist, während andere sich damit noch ziemlich wenig beschäftigt haben. Gesehen haben wir das nicht nur bei uns z.B. in der Diskussion über "Beruf Neonazi ".Da kam uns das Erscheinen der Broschüre ganz gelegen! Die Broschüre ist wirklich nur wärmstens zu empfehlen!

Die Neue Rechte ist nach Greß, Jaschke, Schönekäs ("Die Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa") keine einheitliche politisch-theoretische Strömung. Sie ist vielmehr ein in sich variantes Produkt der Umstrukturierung der Bundesrepublik Deutschland und des rechtsextremen Lagers im Zuge der Adenauerschen Integrationspolitik und dem Zerfall der **Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)** nach den 60er Jahren. Anhand der Beschreibung der Entstehungsgeschichte der Neuen Rechten ist es möglich, drei Hauptströmungen der Neuen Rechten zu konstruieren, um anschließend mit Margret Feit ("Die Neue Rechte") die übergeordneten analytisch erfaßbaren Gemeinsamkeiten als Theorierahmen-Gebäude darzustellen. Kritisch anzumerken ist hier, daß sich vor allem die Beschreibung der Entstehungsgeschichte auf die Kategorisierung des **Günter Bartsch** beziehen. Jener Autor unter anderem in **criticon, wir selbst, Junges Forum** und **Sol** und seine Analysen sind selbst neurechts einzustufen, entbehren dennoch-oder gerade- nicht einer inhaltlichen Schlüssigkeit in der Darstellung der Neuen Rechten, auch wenn die nötige Außensicht fehlt. Schönekäs, Feit, Assheuer Sarkowicz ("Rechtsradikale in Deutschland") stimmen darin weitgehend überein, die Organisierung faschistischer Kräfte nach dem Sieg der Alliierten Streitkräfte über das faschistische Deutschland und nach der Gründung der BRD auf dem Territorium der Trizone der Prozeß vielfältiger Sammlungen und Abspaltungen in diversen Vereinen, Verbänden und Parteien zu beschreiben.
Mit der antikommunistisch motivierten Gründung der Bundesrepublik, der Remilitarisierung und der Regierungsübernahme einer konservativen Kraft, der CDU Adenauers gelingt es eben dieser Partei, große Teile der revanchistisch gesinnten Rechtsextremen einzubinden. Die Sammlungsbemühungen rechts von der CDU bleiben in nur geringem Maße erfolgreich. Der Bedeutungsverlust rechtsextremer Parteien dauert bis Anfang der 60er Jahre an. Mit der-aus rechtsextremer Sicht-"Zuspitzung" des Volksparteienkonzepts der CDU mit dem Eingehen der Großen Koalition 1966 verstärkt sich die Kritik aus extrem rechter Ecke. Die NPD, als inzwischen gegründete Sammlungsbewegung aus den Organisierungsbemühungen hervorgegangen, erhält großen Zulauf. Sie scheitert jedoch bei den Bundestagswahlen 1969 knapp an der 5%-

Hürde und kann ihre Stärke nach dieser Niederlage nicht wieder erlangen. In diesem Kontext entstehen die oben genannten drei Hauptströmungen der Neuen Rechten. In Abgrenzung zum Neo-Konservatismus der CDU, in Abgrenzung zu und als Verfallsprodukt der NPD.
In einer Phase, in der mit der sich öffnenden Ostpolitik Brands die Bundesrepublik offiziell die Grenzziehungen als Folge des vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten 2. Weltkrieges anerkannt wurden, formiert sich eine Neue Rechte in Abgrenzung zum realistischen Neokonservatismus der CDU, in Abgrenzung zu und als Verfallsprodukt der NPD. Diese Rechte sammelt sich nicht hauptsächlich wie die alte Rechte in Splitterparteien, sondern legt einen Schwerpunkt auf ein verzweigtes Netz kleiner Gruppierungen, Interessenverbänden und intellektueller Schulungs- und Öffentlichkeitseinrichtungen. Im Mittelpunkt dieser sogenannten Zirkelphase steht die Theoriebildung und breitangelegte Einflußnahme-eine strategie, die später im Begriff der kulturellen Hegemonie noch darzustellen sein wird. Diese Zirkelphase ist schon insofern bedeutsam, als ProtagonistInnen dieser heute nach einer Zeit der weniger öffentlich erfolgreichen Arbeit wieder in neuen politischen Zusammenhängen auftauchen und somit für die enge Zusammenarbeit und Vernetzung der neu- und altrechten Gruppierungen stehen.

Drei Hauptströmungen der Neuen Rechten

1. Konservative Erneuerung
Schon in den 50er Jahren beginnen sich rechts der CDU intellektuelle Kräfte zu sammeln, die sich das Ziel gesetzt haben, alte Werte zu etablieren und einen National-Konservatismus zu rehabilitieren. In Abgrenzung zum-in ihrer Sicht-liberalen Konservatismus der bundesrepublikanischen CDU solle sich rechtes Gedankengut an der "Konservativen Revolution" der Weimarer Republik orientieren. Protagonist dieser Bestrebungen ist **Armin Mohler** ,

ehemaliger Leiter der Münchener Siemens-Stiftung (dazu Hethey/Kratz "In bester Gesellschaft") und ehemaliger Sekretär des "konservativen Revolutionärs" Ernst Jünger -dem Kohl erst im September 1993 seine Huldigung darbrachte. Mit von der Partie in der "Konservativen Erneuerung" ist zum Beispiel auch **Gerd Klaus Kaltenbrunner**. In Anlehnung an die französische Nouvelle Droite des Mohler-Schülers **Alain de Benoist** wird über Theorie-Diskussions-Zusammenhänge an der Rehabilitierung nationalkonservativer Diskurse gearbeitet.

2. Nationalrevolutionäre und
3. Solidaristen

Ebenfalls unter durchaus aktuell politisch orientierten Ansatzpunkten entsteht neben dieser Theorie-bezogenen Neuen Rechten aus dem Zerfall der NPD als rechter Sammlung die Strömung der (nach Schönekäs) Jungen Rechten, die einen Teil der Neuen Rechten ausmacht. Die Junge Rechte, einerseits Nationalrevolutionäre, die, linken Befreiungsethos aufnehmend, als Vorreiter des Ethnopluralismus gelten können, andererseits die Solidaristen, die ihren Schwerpunkt auf die Beschwörung der inneren (völkischen) Einheit legen, ist gemeinsam gegen die "Verkrustungen" der Alt-Rechten losgezogen. Zuerst jedoch erfolgt eine generative Abspaltung von der Alten Rechten. Zwei Strömungen spalten sich nach der Wahlniederlage der NPD 1969 Anfang der 70er Jahre von dieser ab, die neonazistischen Volkssozialisten um **Friedhelm Busse**, heute **FAP** und die Junge Rechte. Die **Aktion Widerstand**, 1970 von der NPD initiiert und 1972 die **Aktion Neue Rechte** stellen zwei letzte Versuche dar, den Generationswechsel wenn schon nicht aufzuhalten, so doch zu kontrollieren.

Eine Abspaltung wiederum von der Aktion Neue Rechte formiert sich mit den Nationalrevolutionären, die unter Einbeziehung von Theoremen und Organisationsprinzipien der linken Studentenbewegung einen befreiungsnationalistischen Pathos propagieren. Vor allem **Henning Eichberg**, theoretischer Kopf der Nationalrevolutionäre und heute noch (wieder) Vorträge vor etablierten Politikern haltend, als Theoretiker und **Sven Thomas Frank**, der in Berlin als Geschäftsführer der **Republikaner** und als Autor der Jungen Freiheit wieder auftauchte, als Protagonist der studentischen jungen Rechten, sind tragende Kräfte dieser Sammlung. In der **"Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation" (SdV/NRAO)** und später um die Zeitschrift **"Neue Zeit"** formiert sie sich. Bald nach der Abspaltung der Nationalrevolutionäre trennt sich eine weitere Strömung aus dieser Abspaltung heraus. Die Solidaristen, die sich weniger an sozialistischen Elementen der Studentenbewegung orientieren, sondern einen Wertkonservatismus nationalsozialistischer Prägung in Anlehnung an Otto Strasser als Bezugsrahmen setzen, organisieren sich in der **Solidaristischen Volksbewegung (SVB)** unter maßgeblicher Beteiligung von **Lothar Penz**. Zusammen mit den Nationalneutralisten der **"Aktion Unabhängiger Deutscher"** (bis zu einem Verbot **"Deutsche Gemeinschaft"**) orientiert die SVB auf eine Unterwanderung der Sammlungsbemühungen grün-alternativer Kreise und schließlich der GRÜNEN. Um Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu umgehen, wird die SVB in den **"Bund Deutscher Solidaristen"** umbenannt.

Die studentische junge Rechte läßt sich nicht in eine der beiden Strömungen allein einordnen, vielmehr ist sie in beiden Strömungen vertreten. Der Bund Nationaler Studenten stellt bis 1961 ein maßgebliches Forum dar, Ausdruck finden die studentischen Sammlungen in der Zeitschrift Junges Forum, die später der solidaristischen Strömung zuzuordnen ist.

Beide grob zusammengefassten Strömungen, die sich wechselseitig ergänzen und verschränken, versuchen mit gegen die Alte Rechte gerichtetem subkulturellen Stil jugendlicher Gruppen, die Funktion einer politischen Avantgarde zu erfüllen. Diese politische Avantgarde verfolgt die Umsrukturierung des rechten Lagers mit dem Ziel des Einflußzuwachses qua Ideentransfer.

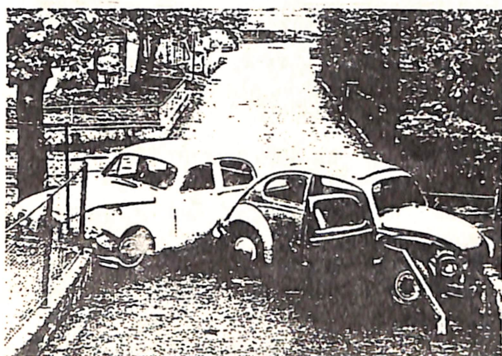
Einflußnahme über Ideentransfer

In diesem Sinn des bisher beschriebenen läßt sich die Neue Rechte als Bündelung rechter Strömungen verstehen, deren gemeinsames Ziel es ist, durch Eindringen in den Brückenschlag zu relevanten politischen Strömungen der BRD eine von Altlasten befreite rechte Ideologie und Politik wieder hoffähig und einflußreich zu machen.

Geformt in der Auseinandersetzung sowohl mit der Linken als auch mit der "Konservativen Revolution" ist ein "theoriefähiges Kulturkampf-Konzept" (Schönekäs) entstanden.

1. Die Befreiung von Hitler

Die theoretischen Grundzüge der Neuen Rechten, die eine Bündelung der verschiedenen bisher beschriebenen politischen Ansätze darstellen, sollen hier zusammenfassend nach Margret Feit beschrieben sein.



Demnach ist ein gemeinsames Ziel der Neuen Rechten in all ihrer internen Verschiedenheit auszumachen: es geht im Gegensatz zur Alten Rechten nicht mehr darum, Hitler von seinen Verbrechen zu befreien, sondern darum, rechtsextremes Gedankengut von Hitler zu befreien.

Auf die strategischen Inhalte dessen muß später noch zurückgekommen werden, zunächst geht es um die theoretischen Züge des Konzepts, die als übergeordnete Merkmale zu beschreiben sind.

2. Erkenntnistheorie, Menschenbild und Gesellschaftstheorie

Feit teilt das Gedankengebäude der Neuen Rechten in drei Bereiche ein. Der erste ist die Erkenntnistheorie. Diese wiederum ist von zwei Elementen bestimmt. Zum einen die von abendländischer Überlegenheit ausgehende empirische Denkweise, die mit einem dem entsprechenden Leistungsprinzip verknüpft sei. Zum anderen eine Festlegung auf den Nominalismus. So verknüpft sich die gegen die aufklärerische Tradition gerichtete, mitteleuropäische Überlegenheit mit einem Denken, das nur an individuellen Erfahrungen ansetzt und gar keine andere Wirklichkeit anerkennt. Konsequent wird eine solche Erkenntnistheorie gegen jeglichen Universalismus, also gegen Emanzipationsansätze generell, gewendet. Diese Gegenüberstellung hier philisophisch auszuweiten führte vom Thema weg. Zum besseren Verständnis sei die politische Bedeutung dessen benannt: Während der Universalismus von den Neurechten synonym gesetzt wird mit dem verstehenden Ansetzen politischer Entscheidungen an der Vielfalt menschlicher Realitäten, gilt der bejubelte Nominalismus als Erkenntnisprinzip des Begriffes, dem menschliche Realität untergeordnet wird.

Als zweiter Bereich ist das biologische Menschenbild anzuführen. Dieses ist nicht ausformuliert vorhanden, sondern eher Grundlage jeglicher Argumentationsmuster wie zum Beispiel die biologisierte Kultur und angeblich genetisch bedingte Ungleichheiten zwischen Menschen als Orientierung für die Politik. Erstens gilt der Mensch als völlig triebbestimmtes Wesen, an dessen Triebstruktur die Normen und Werte auszurichten seien. Angeblich gibt es Territorialtriebe, Aggressionstriebe, Dominanztriebe und Besitztriebe und vieles mehr. Diese dienen so zur Legitimation sozialdarwinistische Politik und eines aggressiven Nationalismus. Nicht beachtet wird bei dieser Sicht auf "menschliche Triebe", daß die soziale Überformung der Menschen den Trieben eine hochgradig untergeordnete Rolle nur läßt. In rechter Ideologie existiert der Mensch nicht als soziales sondern nur als rein biologisches Wesen. Bestärkt wird dies durch die zweite

These von dem über die Triebe hinaus genetisch bestimmten Menschen. Die Unterschiedlichkeiten zwischen den Menschen sind so genetisch bedingt, eine unterschiedliche Behandlung erweist sich ob der natürlichen Unveränderlichkeit als Humanismus. So wird der Begriff der Gerechtigkeit verdreht. Gerecht ist es im Sinne dieser Rechten, Menschen hierarchisch zu kategorisieren und dann zu privilegieren. Eine Weiterführung dessen ist in der dritten These zu finden. Der völkische Rassismus geht von einer genetischen Ungleichheit zwischen den drei " Großrassen " aus und erhält so seine Legitimation. In der neurechten Variante werden diese Unterschiede unter einen relativistischen Ethnopluralismus, d. h. scheinbar die Unterschiede anerkennend , diese aber hierarchisch gliedernd , gestellt und der Rassismus darüber kaschiert.

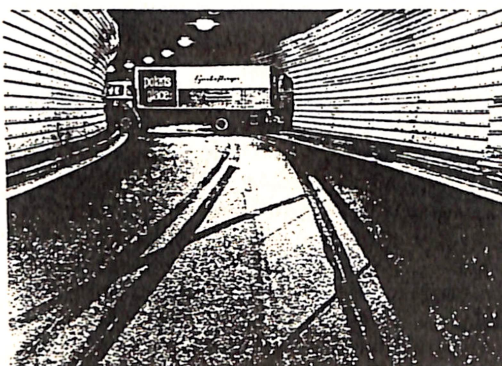
Der dritte Bereich neurechter Theorie - Basis ist der Bio- Humanismus. In ihm verbinden sich die eurozentristische Erkenntnistheorie mit dem biologistischen Menschenbild zu einer Bio - Politik, die den Gesellschafts- und Staatsaufbau bestimmt. Stützpfeiler sind hierbei eine hierarchische Ordnung im Sinne biologischer Aristokratie, ein völkischer Nationalismus, der die individuelle Identität ablösen soll und der nationale Sozialismus, dessen harmonizistische Gestaltung jenseits von Kapitalismus und Sozialismus liegen soll. Neben die innerstaatliche Orientierung stellt Feit noch den außenpolitischen Ethnopluralismus.

Befreiungsnationalismus und Großdeutschland

Diese befreiungsnationalistische Orientierung widerspricht, entsprechend der anti- egalitären Grundhaltung, einer großdeutschen Hegemonialkonzeption nicht, sondern beinhaltet dieselbe. Vorallem der deutsche Herrschaftsanspruch in Osteuropa wird theoretisch legitimiert.

Politische Strategie der Neuen Rechten

Im Sinne des sogenannten theoriefähigen Kulturkampfkonzepts bauen die verschiedenen Fraktionen der Neuen Rechten ihren metapolitischen, d.h. den, die Politik durch Einwirkung aus den Sphären der Kulturdebatte und Philosophie verändernden, Einflußbereiche kontinuierlich in den verschiedenen gesellschaftlichen Lagern aus und arbeiten im Wesentlichen mit dem Vorgeben von Themen und der Etablierung von Deutungsmustern.



Im Bezug auf den italienischen Leninisten Gramsci nennen sie ihr Ziel die Erlangung der "kulturellen Hegemonie". Der Bezug auf Gramsci geht auf den Kopf der französichen Novelle Droite, Alain de Benoist, zurück, wurde jedoch in der Bundesrepublik auch längst von intellektuellen Kreisen der Linken propagiert (z.B. Glotz). Kulturelle Hegemonie läßt sich nach Gramsci durch die materielle Wirksamkeit ideologischer Überzeugungsarbeit erringen, insofern sie einer historischen Notwendigkeit entspreche. Ebenfalls nach Gramsci kann sich ideologische Wirksamkeit nur dann entfalten, wenn sie die jeweils gruppenspezifische Basis der anzusprechenden Zielgruppe in die theoretische und praktische Vermittlung eingearbeitet hat.

Das heißt, daß Intellektuelle anders angesprochen werden als Arbeiter, die

StadtbewohnerInnen anders als die ländliche Bevölkerung. Organisiert werden Ideologien am eindrücklichsten über sämtliche Medien der Presse und über Bildungsinstitutionen. An diesen Formbestimmungen kulturell- ideologischer Hegemonie -Strategie orientiert sich die Neue Rechte. So arbeitet die Neue Rechte seit langem an weitverzweigten Netzen printmedialer und bildungsbezogener Bestimmung von Diskussionen. In diesem Lager existieren Verlage, Buchdienste, Zeitschriften und Zeitungen. Schulungszentren organisieren Seminare und Diskussionszirkel treten an die Öffentlichkeit. Zurückgreifen kann die Neue Rechte dabei sehr wohl auf Unterstützung aus dem Lager der Alten Rechten. Arbeitsteilig werden diverse Zielgruppen mit den unterschiedlichen Medien angesprochen.

Besondere Betonung im Rahmen dieses Konzepts liegt im Sinne der Rehabilitierung rechter Denkmuster auf dem Anführen wissenschaftlicher Belege für die eigenen Argumente. Im Vordergrund dessen stehen Verhaltensforschung und Genetik. Dafür dienen sich ähnlich gesinnte Wissenschaftler an, die höchst umstrittene Fakten als Wahrheiten präsentieren.

Ausrichtung der Agitation

Die Ausrichtung des kulturellen Hegemoniestrebens läßt sich aus der im ersten Kapitel beschriebenen Eingrenzung der Neuen Rechten schließen. Ihre Strategie umfaßt vor allem drei Zielgruppen:

1. Der Angriff auf " linke Köpfe" macht eine Modernisierung der Argumentation notwendig. Ansatzpunkte im linken Lager sind der linke Anti- Kommunismus, der biologische Bezug in der Öko- Bewegung und ein linker Harmonizismus. Gesamtstrategie bei diesen Ansatzpunkten ist die Nationalisierung linker Themen.
2. Die zweite Zielgruppe ,das konservative Lager, wird im Sinne einer Umformung des vorherrschenden Konservatismus bearbeitet. Dabei steht die Rehabilitation gemeinsamer Wurzeln im Vordergrund und die konservative Wende, die in den 80er Jahren ihren Ausgang nahm, wird ideologisch verstärkt.
3. Letztendlich geht es der Neuen Rechten im Hinblick auf ihren Ausgangspunkt um eine Etablierung im rechtsextremen Lager zum Zwecke dessen Umkrempelung im neurechten Sinne. Die Junge Rechte war ausgezogen, um eine Umstrukturierung des rechten Lagers zu bewirken, die konservativen Erneuerer arbeiten am Ziel eines Brückenschlags zwischen Rechts und Rechtsextrem. Taktik in diesem Feld ist die Umformung rechtsextremer Positionen mit Hilfe modernen etablierten Vokabulars.

Neben dem Ansprechen bestimmter Zielgruppen sollte eine Strategie nicht vernachlässigt werden: die Querfront-Strategie. Auf Basis eines angeblichen Nonkonformismus werden Argumentationslinien quer durch alle politischen Strömungen eingesetzt, die übersetzt zwar rechtsextrem bleiben, aber schwerer zu entziffern sind. Diese scheinbare Aufhebung der rechts- links-Einteilung- und nichts anderes ist der angebliche Nonkonformismus- basiert auf



rechter Ideologie, die durch Vermischung mit entweder linker oder konservativer Phraseologie und mit freiheitlichem Pathos mit dem Ziel Verwirrung zu stiften in so geöffnete Räume einzudringen versucht.

Der Ideentransfer ist der gemeinsame Nenner des kulturellen Hegemoniestrebens, zu dessen Zweck zielgruppen - orientierte Diskurse geführt werden. Genau hierin liegt auch die besondere Gefährlichkeit der Neuen Rechten. Sie ist nur schwer zu entziffern, schwer zu stigmatisieren und durchdringt alle gesellschaftlichen Diskussionen. Sie erzeugt eine schleichende Normalisierung rechtsextremer Gesinnung und Politik.

Diese schleichende Normalisierung ist aktuell am Beispiel des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Steffen Heitmann zu sehen. Die jahrzehntelange Arbeit von Konservativen verschiedener Schattierungen, vor allem Helmut Kohl, hat es ermöglicht, daß ein Nationalkonservativer überhaupt vorgeschlagen wurde und seine rechtsextreme Gesinnung ihm mehr Ruhm als Schande einbringt. Daß er schließlich wieder zurückgezogen wird, erscheint dabei nebensächlich.



Zeit zum Umsteigen

Offenes
Antifaschistisches
Plenum

wöchentlich Sonntags ab 16 Uhr
in der W

Das Plenum findet vorübergehend im Zoro-Cafe statt !